

## REDAKTIONS-NACHRICHTEN

Wie bisher steigt die Nachfrage nach den CHILE - NACHRICHTEN. Da alle redaktionellen Arbeiten, Schreibarbeiten, Layout und Druck vom Redaktionsteam und befreundeten Druckern gratis in Nacharbeit erbracht werden und alle Beteiligten außer ihrer normalen Arbeit auch sonst noch an vielen Aktivitäten beteiligt sind, werden die CHILE - NACHRICHTEN in Zukunft in etwas größeren Abständen erscheinen. Das würde uns auch gestatten, in Zukunft noch sorgfältiger bei der Prüfung, Vermittlung und Analyse von Informationen zu sein. Deshalb:

Die nächste Nummer der CHILE - NACHRICHTEN in drei Wochen

Redaktionsschluß: 29.11.73; letzter Einsendetermin: 27.11.73

Sollten die Ereignisse in Chile in Zukunft wieder eine schnellere Nummernfolge erzwingen, sind wir selbstverständlich dazu bereit.

Die Redaktion versucht, auch in Zukunft die CHILE - NACHRICHTEN ohne festen Preis abzugeben. Aber die Kosten müssen aus dem Leserkreis gedeckt werden. Alle Leute, die bisher nicht für die CHILE - NACHRICHTEN gespendet haben, werden aufgefordert, dies demnächst zu tun:

Spendenkonto: Postscheckamt Berlin West Nr. 380087 - 108  
Kontoinhaberin: Elfriede Kohut.

Die Spenden müssen das Kennwort "CHILE - NACHRICHTEN" tragen, da sie sonst den allgemeinen Spenden zur Unterstützung des politischen Kampfes in Chile zugeschlagen werden. Eine einfache Methode ist auch, einem Brief an die Redaktion DM 10.-- beizulegen. Wer nicht zahlt, kann nicht damit rechnen, weiter beliefert zu werden.

Die Kostendeckung wird erreicht, wenn man sich anfolgende Übersicht hält:

Solidaritätspreis - bei direkter Abgabe	DM 1.--
- bei Zusendung innerhalb Berlins	" 1,50
- bei Zusendung innerhalb der BRD	" 2.--

Wir wollen die notwendigen Schritte unternehmen, um die Portokosten zu senken und den Versand über den Postzeitungsdienst zu ermöglichen.

Die Chile-Komitees und interessierte Buchläden können (in beschränktem Umfang) mehrere Exemplare einer Nummer gegen Voreinsendung von DM 0.50 pro Exemplar erhalten, wobei davon ausgegangen wird, daß sie zum Solidaritätspreis von DM 1.-- verkaufen und die Erträge der Öffentlichkeitsarbeit des jeweiligen Komitees oder dem Spendenkonto zugewiesen werden.

Nachrichten, Beiträge und Bestellungen an: Clarita Müller-Planzenberg, 1 Berlin 45, Lorenzstr. 65.

Die Redaktion bittet dringend darum, daß alle Nachrichten und Beiträge so früh wie möglich eingesandt werden, damit die eigentliche Redaktionsarbeit zeitlich besser verteilt werden kann.

Redaktion dieser Nummer: Redaktionskollektiv

# CHILE - NACHRICHTEN

HERAUSGEBER: KOMITEE »SOLIDARITÄT MIT CHILE«

NUMMER: 9

9.11.1973

WESTBERLIN

## ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

### Klassenkampf von oben

Die Politik der Junta in Chile bietet mit ihrer Kombination von verschärfter Ausbeutung, blutiger Repression und Propaganda ein Musterbeispiel für einen konsequent geführten Klassenkampf von oben. Im Mittelpunkt steht die Wirtschaftspolitik, die eine rasche Umverteilung des Einkommens zugunsten der besitzenden Schichten auf Kosten des Realeinkommens der arbeitenden Bevölkerung zum Ziel hat. Nachdem die Junta den größten Teil der Preiskontrollen abgeschafft hat, erreicht die Inflation eine zuvor nie gekannte Geschwindigkeit. Nur für einige wenige Lebensmittel und für Schuluniformen gelten noch Preiskontrollen, alle anderen Preise

### INHALT

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE	
- Klassenkampf von oben	1
- Deutsch-Chilenische "Wirklichkeit"	6
ZUR FLÜCHTLINGSFRAGE	9
REAKTION DER CHRISTEN	
- Kritischer Katholizismus	11
- Brief eines Geistlichen aus Santiago	13
- Politisches Nachtgebet zu Chile	15
DUKUMENT ZUR SITUATION	
- Bericht aus dem Nationalstadion	21
FREI - EIN CHRIST-DEMOKRAT	
- Auszug aus "Spiegel"	24
- Offener Brief von Punto Final an den Senat	25
- Interview von Frei	31
Agrarpolitik der Junta	37
SOLIDARITÄT IN EUROPA	39
INFORMATIONSQUELLEN ÜBER CHILE	40
- Kommentierte Bücherliste	40
- Zeitschriftenliste	42
- Rednerliste	42
REDAKTIONS-NACHRICHTEN	44



steigen steil in die Höhe. Um ihre Verantwortung für diesen Raub an Kaufkraft zu vertuschen, beruft sich die Junta auf die Planung der Regierung Allende - der sie sonst eine chaotische Wirtschaftsführung vorwirft: Solange die Junta die Preiskontrollen noch beibehielt, sprach sie von einer voraussichtlichen Jahresinflationsrate von 500 % und wies darauf hin, dieses Ausmaß der Geldentwertung sei bereits von der Unidad Popular eingeplant worden. Kaum hatte man die Preiskontrollen abgeschafft, zwang die reale Entwicklung dazu, eine Inflationsrate von 1000 % anzukündigen - und wieder hielt sich das angeblich im Rahmen der Planung der gestürzten Regierung. Heute spricht man von 1600 % - und auch das hat die UP seit langem eingeplant und akzeptiert, wenn man der Regierung glauben soll.

Die Einkommen der Bevölkerung bleiben weit hinter der Inflationsrate zurück, so daß das Realeinkommen auf ein Bruchteil des zuletzt unter Allende ausbezahlten Betrags schrumpft. Dies ist nicht etwa eine unerwünschte Nebenwirkung, sondern eigentliches Ziel der Wirtschaftspolitik: "Kampf gegen die Inflation mit Hilfe der Marktgesetze" heißt unter den heutigen Bedingungen in Chile nichts anderes als Kapitalakkumulation auf Kosten des Hungers der unteren Einkommenschichten. Einer der Berater des Wirtschaftsministers, Pablo Barahona, erklärte unumwunden, in spätestens 18 Monaten werde die Inflation aus Chile verschwunden sein. Da dies die Drohung mit der absoluten Verelendung des chilenischen Volkes darstellt und von der Bevölkerung auch als solche verstanden wurde, beeilte sich der Wirtschaftsminister, die Ankündigung zu dementieren und zu versichern, man denke nicht an eine absolute Preisstabilisierung in so kurzer Zeit.

Aber nicht nur die Einkommen der Lohnempfänger sinken, es sinkt auch die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger selbst mit dem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Lag die Arbeitslosigkeit in Santiago zum Ende der Regierungszeit von Frei bei etwa 8 %, so war sie unter Allende auf weniger als 3 % gefallen; nun schnellte sie auf etwa 15 % in die Höhe. Diese Arbeitslosigkeit ist ein Ergebnis von Nachfrageverfall und Produktionseinschränkungen, wird aber gleichzeitig als Instrument der Rache an der chilenischen Linken benutzt, indem die Betriebsleitungen gezielt denjenigen unter ihren Lohnabhängigen kündigen, die der UP nahestanden. Für die unteren Schichten beginnt in Chile wieder die Zeit des Hungers, der akuten Unterernährung, des Kampfs um das bloße Dasein - auch das ein Mittel der politischen Neutralisierung.

Eine solche Wirtschaftspolitik kann natürlich nur bei einem hohen Grad der Repression durchgeführt werden. Daß die Junta dazu entschlossen ist, ergibt sich aus ihrer Ankündigung, der Ausnahmezustand mit Ausgehverboten werde noch mindestens acht Monate dauern und auch nach seiner Aufhebung solle das Kriegsrecht weitergelten. Aber gleichzeitig gibt es Anzeichen, daß der Charakter der Repression sich allmählich ändert. Die Richtung dieser Änderung wird deutlich aus dem verbürgten Ausspruch eines der neu ins Land gerufenen brasilianischen "Berater", das bisherige Vorgehen der Junta unterscheide sich von der brasilianischen Methode wie Metzgerei von Chirurgie. Es geht also darum, durch eine Systematisierung der Repression Kosten und Aufsehen zu senken, ohne an Effektivität zu verlieren. In einem ersten Schritt geht es darum, die Eigenmächtigkeiten einzelner Militärs wieder unter zentrale Kontrolle zu stellen. So weiß man, daß der General Arellano vor zwei Wochen durch den chilenischen Norden reiste und dabei eine Reihe von Kriegsgerichtsurteilen kassierte und durch eigene Urteile ersetzte. In achtzig Fällen wandelte er ergangene Urteile auf Gefängnisstrafe - darunter solche zu nur drei Monaten - in Todesstrafe um. Als dies bekannt wurde, beschloß die Junta, das Standrecht und die summarischen Erschießungen abzuschaffen. Um des Bildes der "militärischen Autorität" willen ließ man allerdings die von Arellano verhängten Todesurteile in Kraft. Soweit sie nicht unmittelbar nach der Urteilsänderung vollstreckt worden waren, ließ man sie nach der Aufhebung des Standrechts vollziehen.

Da gezieltere Repression nur auf der Grundlage genauerer Information möglich ist, unternimmt die Junta jede Anstrengung, ihren Apparat der Denunziation auszubauen.

Vor drei Wochen wurden die letzten drei Jahrgänge der Reservisten zur Armee einbezogen. Sie mußten sich bei den Militärbehörden melden, wobei Nichterscheinen als Fahnenflucht galt. Die Reservisten wurden jedoch nicht zur Truppe einbezogen, sondern als Wehrpflichtige an ihre Arbeitsplätze zurückgeschickt, wo sie nun dem militärischen System von Befehl und Gehorsam unterstehen. Einer der Befehle erlegte ihnen die Pflicht auf, periodisch über die Verhältnisse am Arbeitsplatz Bericht an den militärischen Nachrichtendienst zu erstatten. Da die Verweigerung der Denunziation nun als Befehlsverweigerung und Desertion bestraft werden kann, erhofft man sich eine fast lückenlose Information über alle Personen in Chile, ihre politischen Meinungen und Aktivitäten.

Die Systematisierung der Repression ist auch vor allem deswegen nötig, um dem Ausland das Bild von "Ruhe und Ordnung" vorzeigen zu können, daß durch ständige Militärpatrouillen, Erschießungen und Verhaftungen gestört wird. Da die eingeschlagene Wirtschaftspolitik wesentlich von der Unterstützung des Auslands abhängt, kann der Junta die öffentliche Meinung jenseits der Landesgrenzen nicht gleichgültig sein. Solange die erstrebte Friedhofsruhe noch nicht hergestellt ist, müssen Propaganda-Kampagnen helfen, der kritischen Weltöffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

So begann man vor einigen Wochen eine Brief-Kampagne: Man forderte die Rechte auf, Briefe ins Ausland zu schicken, um dort über die WIRKLICHKEIT aufzuklären. Seither werden solche Briefe serienweise in der chilenischen Presse abgedruckt. Besonders viele Briefe scheinen an Edward Kennedy geschickt zu werden, den man im übrigen als Salon-Kommunisten angreift, weil er einen Beschluß des nordamerikanischen Senats herbeiführte, in dem jede Wirtschaftshilfe an Chile abgelehnt wird.

Mehr Gewicht gibt man jedoch den Reisen von Emissären ins Ausland, voran der neue chilenische Außenminister General Huerta, der am 10. Oktober vor den Vereinten Nationen (und bestellten Claqueurs) eine Rede hielt, in der der sogenannte "Plan Z" - ein angeblicher Plan der Unidad Popular zur Ermordung der chilenischen Herrsleitung und zahlreicher weiterer Repräsentanten der Rechten - in den Mittelpunkt der Argumentation gestellt wurde. Obwohl nun schon zwei Monate lang mit diesen angeblich geplanten Massakern die eigenen, wirklich begangenen Massakern weit größeren Umfangs gerechtfertigt werden, ist noch kein einziger dokumentarischer Beweis vorgelegt worden. Ein "Weißbuch", das inzwischen von der Regierung veröffentlicht und verbreitet wurde, enthält die bekannten abstrusen Behauptungen (vgl. CHILE-NACHRICHTEN Nr.7), aber keine Beweise oder Dokumente zum "Plan Z". Einziges dort vorgelegtes authentisches Dokument ist ein Brief von Fidel Castro an Allende, aus dem nicht viel mehr hervorgeht als die kaum überraschende Tatsache, daß beide sich zur Linken zählen.

Am 19. Oktober kündigte der Mercurio - mächtigste Tageszeitung der chilenischen Rechten - die unmittelbar bevorstehende Aufklärungsreise von acht leitenden Vertretern chilenischer Berufsverbände nach Mexiko, den USA und Europa an. In dieser Gruppe reist auch León Villarín, Leiter des Verbands der Lastwagenbesitzer und Organisator des Fahrerunternehmer-Boykotts, der wesentlich zur Vorbereitung des Putschs beitrug. Diese Reise wurde ursprünglich für die ersten Wochen nach dem Putsch angekündigt und sollte mit viel Publizität vonstatten gehen, um die Auslandspresse zu beeindrucken. Inzwischen hat man eingesehen, daß man durch so simple Mittel keine Einbrüche erzielen wird in denjenigen Teil der Auslandspresse, der nicht ohnehin schon die Putschisten unterstützt. Die Reise wird nun als Kontaktaufnahme mit "führenden Persönlichkeiten" - besonders Wirtschaftsvertretern - geplant, bei der die Öffentlichkeit praktisch ausgeschaltet ist. In diesen Verhandlungen besteht kaum die Notwendigkeit für die Emissäre, die begangenen Grausamkeiten zu rechtfertigen. Im Gegenteil: Sie müssen beweisen, daß die Repression hart genug war, um für die Zukunft ein "ruhiges Investitionsklima" zu garantieren. Für diese Art Beweisführung ist Villarín genau der richtige Mann.

Andere Kreise, andere Vertreter. Um kirchliche Kreise kümmert sich der Kardinal von Santiago, Raúl Silva Henríquez. Er verließ am 22. Oktober die Hauptstadt, um

in lateinamerikanischen und europäischen Ländern über den Putsch und die seitherige Situation zu "informieren". Die bischöfliche Pressestelle in Santiago teilte mit, die Junta habe die Reise "einen effektiven und notwendigen Beitrag für die Aufgabe der Befriedung" genannt.

Die Reise des Kardinals gilt vor allem den Mitgliedern verschiedener Bischofskonferenzen und zeichnet sich durch große Heimlichkeit aus. Aber der Kardinal konnte auch nicht alle Öffentlichkeitskontakte ablehnen. Diese wenigen Schritte in die Öffentlichkeit brachten ihm sofort Schwierigkeiten. So gab der Kardinal der Zeitung Avvenire in Mailand ein Interview, in dem er sagte, seiner Meinung nach handele es sich nicht um eine harte, antimarxistische Unterdrückung; Aufgabe der Kirche sei es nicht, Regierungen anzugreifen, sondern die Politik jeder beliebigen Regierung auf das Wohl der Armen hinzulenken; der Marxismus sei keineswegs der einzige Weg, die Befreiung des Menschen voranzutreiben.

Der Mercurio sah sich genötigt, dem Kardinal eine Predigt zu halten: Er habe klaren offiziellen Texten der Kirche und sogar der Bibel widersprochen: Erstens seien Marxismus und Freiheit unvereinbare Gegensätze; daher sei zweitens die Unterdrückung des Marxismus der höchste Akt der Freiheit; und daher könne man es drittens nur als peinlichen Irrtum ansehen, wenn der Kardinal die Ordnungsmaßnahmen der Regierung nicht als harte antimarxistische Unterdrückung bezeichne; man könne diese Verirrung nur so erklären, daß ein verwegener Journalist und eine naive Pressestelle den Kardinal etwas sagen machten, was er bei voller Klarheit niemals gesagt hätte (El Mercurio 26.10.1973).

Der Zusammenstoß zwischen dem Kardinal und der Junta war von diesem keineswegs gewollt und spiegelt das Dilemma, in dem er sich befindet: Die Junta verlangt von ihm eine klare Stellungnahme im Sinne eines heiligen Krieges gegen den Marxismus. Der Kardinal möchte dagegen eine solche absolute Festlegung vermeiden, weil Ambivalenz seine Glaubwürdigkeit in der europäischen Öffentlichkeit und auch bei einem Teil seiner europäischen Amtsbrüder erhöht, indem es ihm den Anschein von Objektivität und Unabhängigkeit gibt. Diese Ambivalenz führte andererseits zu einem kläglichen Verlauf des Besuchs: Während der Kardinal in Rom den Papst besuchte, demonstrierte die Linke gegen seine Anwesenheit, während die Rechte per Unterschriftensammlung seine Entlassung forderte. Zur Zeit ist der Kardinal in der BRD und besucht Adveniat, Misereor und die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dem Besuch des Kardinals folgt die Propagandareise führender Mitglieder der chilenischen Christdemokratie. Für sie stellt sich das Problem der Ambivalenz nicht: Die ausgewählten Emissäre stehen rechts, und alle Welt weiß das. Die europäische Öffentlichkeit erwartet daher von ihnen keine Objektivität, reagiert unfreundlich und zwingt dadurch die Reisenden, ihre WAHRHEIT in geschlossenen Gesellschaften von Gesinnungsgenossen zu verbreiten. Die beiden führenden Vertreter der christdemokratischen Rechten, der Expräsident Frei und der Parteipräsident Alwyn, sind von der CDU zu ihrem Parteitag am 17.- 19. November in Hamburg eingeladen worden. Aber offenbar scheint ihnen dieses Maß an Öffentlichkeit schon zu riskant: Nach letzten, noch unbestätigten Nachrichten wird nur Alwyn kommen und sich vielleicht auf vertrauliche Gespräche in Bonn beschränken. Die Position dieses Vertreters der chilenischen "Demokratie" wird deutlich in seinem Interview, das er Ende September 80 ausländischen Korrespondenten gab (La Tercera 22.9.1973): "Wir hoffen, daß die Junta so lange an der Macht bleiben wird, bis sie ihre Aufgabe des Wiederaufbaus vollendet hat...Die Ereignisse geschahen, um einem Selbst-Putsch (der Linken) zuvorzukommen, der eine große Tragödie herbeigeführt hätte." Die Mehrheit seiner Partei sei bereit, über ihre Fachleute an der Aufgabe des Wiederaufbaus des Landes mitzuarbeiten - ohne daß die Partei deswegen ihre politische Linie verlasse.

Die neuesten politischen Maßnahmen der Junta laufen auf klare Ziele hinaus: Es gilt, aus der arbeitenden Bevölkerung soviel wie möglich herauszupressen und den Reichen zu einem ungestörten Genuß dieses zusätzlichen Reichtums zu verhelfen - um der internationalen Finanzwelt die "Sanierung der Wirtschaft" mel-

den zu können. Man wendet jedes Mittel der Einschüchterung und des Spitzeltums auf, um die Bevölkerung zu unterdrücken. - um diese Unterdrückung als Frieden zu feiern. Bisher aber hat die chilenischen Bevölkerung sich der Junta nicht unterworfen, auch wenn sie vorläufig den offenen Widerstand eingestellt hat und gleichsam unter dieser Welle wahlloser Repression einer vorübergehend geeinten Rechten durchtaucht. Während diese Einheit der Rechten zusehens bröckelt, beginnt sich eine breite antifaschistische Front zu formieren.



DIE CHILENISCHE WIRKLICHKEIT DES "DEUTSCH-CHILENISCHEN BUNDES"

Das Auswärtige Amt der BRD begründete kürzlich die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Chile mit der Notwendigkeit, den über 10 000 Deutsch-Chilenen diplomatischen Beistand zu gewähren. In den "Chile-Nachrichten" Nr. 8 wurde bereits auf eine Annonce der chilenisch-deutschen Liga hingewiesen, die recht eindeutig die politische Haltung mindestens eines Teils dieser Deutsch-Chilenen kennzeichnet.

Welche Kräfte die Bundesregierung insgesamt in Chile des Beistandes für würdig hält, beleuchtet nunmehr eine 30 Tage nach dem Militärputsch verbreitete Broschüre des "Deutsch-Chilenischen-Bundes" in Santiago, der sämtliche von Personen deutscher Abstammung in Chile gebildeten Institutionen und Organisationen repräsentiert.

Keineswegs überraschend in der offenen Sympathie für die Militärjunta und deren Terror, verdienen doch Zynismus und Plumpheit dieser Broschüre und die eindeutigen Tatsachenvendrehungen Beachtung, zumal keineswegs ausgeschlossen ist, daß sie Grundlage für die Interpretation der chilenischen Verhältnisse für breitere, sogenannte christliche Kreise in der BRD werden könnte.

Eingeleitet wird die Broschüre mit einem Verweis auf den friedlichen Charakter des chilenischen Volkes: "so wie er (der Chilene) dem Leben die Sonnenseiten abzugewinnen versteht, so sucht er auch an seinem Mitmenschen die guten Seiten herauszufinden." Das Bild eines glücklich lachenden chilenischen Mädchens muß als Beleg für diese Idylle herhalten und soll kundtun: "So ist das Antlitz des chilenischen Volkes". "Vom Ärmsten kommend, über den breiten Mittelstand bis in jene sozialen Schichten, denen schon eher zufliegt, was anderen versagt bleibt, hat sich diese (friedliche, glückliche) Wesensart unserem 10-Mill. Volk mitgeteilt."

Und mit Bezug auf die drei Jahre UP-Regierung: "Alle hier haben schwere Zeiten erlebt, voll Spannungen und Unbegreiflichkeiten. Auch unsere kleine Juanita. Ist ihr Lächeln ernster geworden?" "Es wäre nicht nötig gewesen."

Mit der Bemerkung, das Heft richte sich "an diejenigen, die genau wie wir der Wahrheit auf den Grund kommen möchten, an trügerischen und selbstgerechten Schlagzeilen vorbei", wird dann eine Schilderung des 11. Septembers gegeben, ferner die Frage untersucht, "warum es so kam" und schließlich konstatiert, "so konnte es nicht weitergehen", um mit einem aufatmenden "der Alltag - 30 Tage danach" den Leser der vermeintlichen Überzeugung zu überlassen, daß "überall in Chile Zuversicht einkehrt und jeder weiß, daß Chile nur durch Arbeit und Mitverantwortung den ihm zukommenden Platz unter den Nationen zurückgewinnen kann."

Einige Kostproben aus den einzelnen Teilen:

"Der 11. September"  
"Allende wurde aufgefordert, seine Abdankung zu unterzeichnen und die Moneda bis 11 Uhr zu räumen. Beides erfolgte nicht. Wartete er auf den Gegenschlag 'seines' Volkes, auf das Eingreifen der Aktivisten und ihrer Milizen?  
Um 11.30 Uhr wurde das Bombardement durch die gefürchteten Hawker-Hunter angedroht. Kurz vor 11 Uhr gab man den noch in der Moneda befindlichen Menschen sechs Minuten Zeit, das Gebäude zu verlassen. Die meisten machten von dieser Frist Gebrauch, darunter auch eine der Töchter Allendes. Dann schlug es 11 Uhr. Sollte es wirklich soweit kommen? Unsere Moneda! Wollte denn Allende diesem sinnlosen Blutvergießen nicht Einhalt gebieten? Wartete er auf ein Wunder, oder wollte er als Märtyrer in die Geschichte eingehen, als des Irrtums letzter Schluß?"

"Etwa um 14 Uhr zogen die Letzten aus der Moneda ab - bis auf Allende. Von den Truppen, die nun das Gebäude besetzten, wurde er tot aufgefunden."

"Die beiden Luxuswohnungen Allendes, peinliche, aber nicht zu leugnende Tatsachen, wurden gleich am ersten Tag nach kurzen Kämpfen mit den dort verbliebenen Leibwachen besetzt."

"In der Provinz setzte sich die neue Regierung beinahe überall widerstandslos durch."

Überraschenderweise aber brachte der Rundfunk "immer wieder beunruhigende Nachrichten über neue Waffen- und Sprengstofflager, über Anschläge auf Polizeistationen im Inneren des Landes, über Kampfhandlungen mit Terroristengruppen." Offenbar konnten es nur Terroristen sein, die sich dem faschistischen Militär zur Wehr setzten.

Zur allgemeinen Rechtfertigung des Putsches findet der superbe "Bund" schließlich folgende Worte:  
"Du oder ich war die Alternative. Chile, durch Erdbebenkatastrophen so häufig heimgesucht, mußte sich einem Schicksal stellen, das hier härter zugriff, als in anderen Brudersländern. Auf neuem Wege tut es nun die ersten Schritte in der Hoffnung, in des Wortes eigentlicher Bedeutung wieder ein Volk zu werden." (!)

"Warum es so kam":  
Hier die Zusammenfassung einiger bemerkenswerter Punkte:  
" Durch Schikanen aller Art und durch die Verknappung von Rohstoffen, Treibstoffen und Lebensmitteln wurde der mögliche Gegner ermüdet. Durch die Organisation und Belieferung des Schwarzmarktes durch die Sozialistische Partei (!) wurden große Summen aus dem Besitz der Sparer in die Parteikasse überführt."  
Wäre nicht die Sozialistische Partei erwähnt, vermutete man eine offene Selbstdarstellung der Sabotageakte der chilenischen Bourgeoisie, denn es ist hinreichend bekannt, daß Mitglieder der Sozialistischen Partei in der Aufdeckung gehorteter Waren bei den Händlern eine aktive Rolle spielten; der Vorwurf, die PS habe selbst Waren gehortet ist schlicht absurd.

Die weiteren Punkte sprechen für sich:

"Die Devisenreserven des Landes wurden zum Teil für Waffenkäufe benutzt, die notwendigen Importe wurden rücksichtslos gedrosselt, sogar die von Nahrungsmitteln." Gewiß, die USA erhöhten ihre "Hilfe" an das chilenische Militär und rüsteten die potentiellen Putschisten mit den modernsten Waffen aus. Auch unternahm das US-Kapital alles, um die Importe nach Chile rücksichtslos zu drosseln.

"Der politische Mord, bzw. seine Androhung, wurde geschickt als Mittel zur Erreichung taktischer Zwischenziele eingesetzt. Viele Familien wurden dadurch zur raschen Auswanderung veranlaßt."

Vollkommen richtig - politischer Mord und Terror der Rechten waren an der Tagesordnung und von den Ausgewanderten kamen einige sehr bald zurück, so z.B. Roberto Thieme, der Anführer des Faschistenverbandes "Patria y Libertad".

"Ein Zustand völliger Rechtsunsicherheit wurde herbeigeführt, indem kleinere Verbrechen überhaupt nicht mehr verfolgt und untersucht wurden, Mörder niemals gefunden und in Prozessen Verurteilte rasch begnadigt wurden." Auch das trifft den Nagel genau auf den Kopf. Die Justiz war neben dem Militär eine der Hauptstützen der Bourgeoisie. Roberto Viaux, der Mörder Generals Schneiders, wurde z.B. nach anfänglicher lebenslänglicher Verurteilung von der Justiz auf eine zweijährige Gefängnisstrafe begnadigt.

Auf die Frage "Welche Gegenkräfte traten nun auf?" wissen die Verfasser der Broschüre an erster Stelle die chilenischen Frauen zu nennen, wobei sie sich auf den Marsch der leeren Töpfe beziehen. Dabei verschweigen sie allerdings, wer und warum marschierte: nämlich die Damen der Oberschicht aus dem barrio alto, die ihre gewohnten Steaks vermißten.

Die rechtsextremistische Organisation "Patria y Libertad" wird nur als Randerscheinung erwähnt. Der Clou dieser Einschätzung ist, daß die Entstehung der Organisation aus einem Generationskonflikt abgeleitet wird. "Die Jugend steht natürlich in Opposition zur vorigen Generation, die sie erziehen will. Vor allem unter der Jugend fand die rechtsextreme Gruppe 'Patria y Libertad' ihre Anhänger."

"Der Alltag - 30 Tage danach": Hier wird die Schilderung der chilenischen Idylle, wie sie als Wunschtraum der Deutsch-Chilenen existiert, nun völlig zur Farce. Der brutale Putsch hat dazu geführt:

" Die Straßen werden wieder sauber gehalten, die schadhafte Stellen ausgebessert, die Verkehrsampeln in Ordnung gebracht."

"Streiks gibt es nicht mehr. Viel Leerlauf setzt sich um in Arbeit und Produktion."

"Die Aufhetzung der Massen durch Presse, Rundfunk und Fernsehen wurde eingestellt. Ein freundlicher Umgangston herrscht wieder überall."

" Die neue Regierung geht keine Kompromisse ein und unterzieht Preise und Gehälter einer wirklichkeitsnahen Neuordnung."

## Zur Flüchtlingsfrage

Nachdem der Interministerielle Ausschuß der Bundesregierung Ende Oktober den Beschluß gefaßt hatte, daß Flüchtlingen aus Chile entsprechend den von den Städten zur Verfügung gestellten Plätzen Aufnahme in der BRD gewährt würde, sind noch längst nicht alle Probleme gelöst. Das Auswärtige Amt hat bis heute noch keine Anweisung an die Botschaft in Santiago erteilt, den Flüchtlingen die notwendigen Papiere zu geben. Es wurde der Botschaft bisher lediglich mitgeteilt, daß die BRD sich bereit erklärt habe, Flüchtlinge aufzunehmen und daß in Kürze ein Ministerialrat aus dem Innenministerium nach Chile fahren würde, um gemeinsam mit den chilenischen Behörden aus den Listen diejenigen auszuwählen, welchen die Einreise in die BRD genehmigt wird. Genauere Anweisungen über die zukünftige Ausführung des Beschlusses von Ende Oktober würden dem Botschafter dann persönlich mitgeteilt werden.

Dies muß im Zusammenhang gesehen werden mit der Äußerung von Bundesinnenminister Genscher: "Wir werden uns hier doch keinen Haufen von Tupamaros hereinholen." Diejenigen, die von der Junta eine Ausreisegenehmigung erhalten, bilden sowieso schon eine Vorauswahl, das heißt, die Bundesregierung will unter denen, die von der Junta aus den Gefängnissen, aus den Botschaften, aus den Aufnahmelagern des Weltkirchenrats und überhaupt aus Chile herausgelassen werden, noch eine weitere Auswahl treffen. (Die Junta hat vier Kategorien für diejenigen, die aus Chile ausreisen wollen, gebildet, die vierte Kategorie, jene der "Schwerverbrecher", soll keine Ausreisegenehmigungen erhalten, wobei wegen der Willkürlichkeit der Verfahrensweise auch denen der ersten drei Kategorien noch keine Garantie gewährleistet ist.) Angesichts der Meldungen über die Koordinierung der Geheimdienste Brasiliens, Uruguays, Paraguays, Boliviens, Argentiniens mit dem CIA gehen nicht ganz abwegige Befürchtungen dahin, daß der Ministerialrat aus dem Bundesinnenministerium, dessen Name noch nicht bekannt ist, ein Herr vom Verfassungsschutz sein könnte, der sich erstmal mit seinen Kollegen aus den vorher erwähnten Ländern abspricht.

Diese Wendung der Dinge kann in keinem Fall akzeptiert werden. Die Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk in der BRD hat sich zur Aufgabe gestellt, allen von der chilenischen Junta Verfolgten schnell und unbürokratisch zu helfen. Mit dem Putsch in Chile ist eine der wenigen letzten Möglichkeiten der Zuflucht für Verfolgte lateinamerikanischer Länder beseitigt. Der Kreis der Gorilla-Regimes in Lateinamerika schließt sich. Die wenigen Länder, die noch verbleiben, haben ihre Bereitwilligkeit, Asyl zu gewähren, erheblich eingeschränkt. Es sollte doch gerade denen geholfen werden, die nirgendwo anders unterkommen können. Die Mehrzahl der Betroffenen zöge aus verständlichen Gründen ohnehin vor, in Lateinamerika zu bleiben, wenn es einen Weg gäbe. Außerdem kommt zu der Beschränkung der Aufnahme in Lateinamerika das Arbeitsplätzeproblem hinzu.

Dringendste Aufgabe ist deshalb, in der nächsten Zeit verstärkt Druck auf die Bundesregierung mit dem Ziel der uneingeschränkten Aufnahme aller Flüchtlinge aus Chile auszuüben. Zu diesem Zweck sollten Gespräche mit den zuständigen Stellen bei den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Berlin aufgenommen werden, die in Sachen Flüchtlinge aus Chile bereits positive Beschlüsse gefaßt haben.

Bisher haben schon mehrere Städte konkrete Zusagen über die Aufnahme von Flüchtlingen gemacht; Frankfurt/Main 200, Marburg 50, Berlin ca. 150, Hamburg. In weiteren 17 Städten: Kassel, Münster, Duisburg, Bonn, Kehl, Stuttgart, Bremen, Köln, Aachen, Hannover, Heidelberg, Solingen, Freiburg, Hagen, Mettmann, Pinneberg und Baden-Baden sind die Verhandlungen noch im Gange, z.T. mit sehr günstigen Aussichten.

Schließlich ist zu erwarten, daß Bundesinnenminister Genscher sogar in der FDP angegriffen werden wird, wenn er bis zum bevorstehenden Parteitag bei seiner augenblicklichen Haltung als Bremser bleibt.

Die Lage der Flüchtlinge, die sich in Botschaften in Santiago aufhalten oder schon in anderen Ländern angekommen sind, ist teilweise sehr verzweifelt. In der argentinischen Botschaft halten sich noch ca. 400 Personen auf. Sie sind darauf angewiesen, daß sich Länder anbieten, ihnen Aufnahme zu gewähren. Bisher sind sie nicht ausgeflogen worden, da die argentinische Regierung - nachdem eine erste Gruppe von etwa 200 tagelang im Flughafenhotel wie in einem Gefängnis festgehalten wurde - sie nach einem Gerichtsbeschuß hat ins Land einreisen lassen müssen und nun die noch in Santiago Verbliebenen nicht auch noch herüberholen will. Auf engstem Raum haben sich in der argentinischen Botschaft in Santiago - das nur als Beispiel, in anderen Botschaften ist es ebenso - vier Geburten (davon eine Totgeburt) ereignet, es sind Krankheiten ausgebrochen, in einigen Fällen sind Menschen regelrecht verrückt geworden. Verzweifelte Hilferufe kamen in der BRD an. Den Flüchtlingen in Panama wurde ein Ultimatum gestellt, innerhalb von 90 Tagen wieder auszureisen.

Mit Hilfe der Stadt Frankfurt hat Amnesty International in Frankfurt eine zentrale Aufnahme- und Unterbringung für Flüchtlinge eingerichtet; dorthin sollen bitte alle Möglichkeiten der Unterkunft, Arbeitsplätze, etc. aus der ganzen Bundesrepublik gemeldet werden. Die Adresse ist: Amnesty International, 6 Frankfurt/M 1, Oeder Weg 153, Telefon 0611/ 59 28 98, Telex: 0414104 Firma Janus-Film, Petra Behrens.

An diese oder auch an die folgende Adresse in Berlin wenden:

Johannes Brune, 1 Berlin 33, Ehrenbergstr. 21  
Telefon 030/ 831 18 01

- in allen Fällen, in denen für die Einreise in die BRD noch die notwendigen Papiere fehlen; so z.B. der Nachweis, daß für Unterkunft und Verpflegung gesorgt ist, ein Papier, das sowohl die Junta als auch die Luftfahrtgesellschaften verlangen. Auf diese Weise kann die Patenschaft schon vor der Ankunft von der BRD aus übernommen werden.

Für Wissenschaftler und Studenten hat der Lateinamerikanische Rat für Sozialwissenschaften CLACSO in Buenos Aires eine Zentralstelle für Arbeitsvermittlung eingerichtet, die möglicherweise ihr Arbeitsgebiet auf andere Berufsgruppen ausdehnen wird und an die alle Stellenangebote für Flüchtlinge gerichtet werden sollen. Die Adresse ist:

Enrique Oteiza, CLACSO, Lavalle 1171, 4<sup>o</sup> piso,  
Buenos Aires, Argentinien.

Europäische bzw. deutsche Lateinamerikaforscher haben sich inzwischen darauf geeinigt, daß aus Sicherheitsgründen Kopien von allen Briefen an CLACSO auch an folgende beiden Adressen gehen sollen:

Alain Tourraine, 54 Boulevard Raspail, Paris VII,  
Frankreich und  
Urs Müller-Plantenberg, Lateinamerika-Institut,  
1 Berlin 33, Breitenbachplatz 2.

## Reaktionen der Christen

Auszug aus: kritischer Katholizismus Nr. 10 Oktober 1973

### DIE CHILENISCHEN CHRISTDEMOKRATEN UND DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG DER CHRISTEN

Die gewaltsame Beendigung des chilenischen Versuchs einer sozial-ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft ohne Bürgerkrieg und die Zerschlagung der Demokratie in diesem als lateinamerikanisches Musterbeispiel bürgerlich-demokratischer Spielregeln gelobten Land hängt unter anderem auch mit dieser Frage der Stellung politischer und kirchlicher Vertreter des Christentums zusammen.

Die Gründung und der Aufschwung der Christdemokratischen Partei Chiles (PDC) steht in einem engen Zusammenhang mit der Durchsetzung reformkapitalistischer Entwicklungskonzepte im lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM) seit Mitte der 50er Jahre.

#### US-Allianz

Diese Konzeption traf sich auch mit Überlegungen, die Ende der 50er Jahre in den USA angestellt wurden, und die dann unter Kennedy in der "Allianz des Fortschritts" zur offiziellen Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten wurden. Ziel dieser Politik war einerseits die Erzielung eines hohen Wirtschaftswachstums (unabhängig von der Frage der Verteilung) und die Herausbildung eines breiteren Mittelstandes, andererseits die Stabilisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse sowie die Garantierung des US-Einflusses in Lateinamerika. 1964 zeigte sich bereits das Scheitern der "Allianz für den Fortschritt"; in Brasilien sahen die USA keine Möglichkeit mehr, unter bürgerlich-demokratischen Bedingungen ihre Ziele zu verfolgen, und unterstützten daher einen faschistischen Militärputsch. Im selben Jahr fanden in Chile Präsidentschaftswahlen statt. Hier setzten die USA nochmals alles auf eine Karte, und diese Karte hieß Eduardo Frei. Als Kandidat der Christdemokraten wurde er innenpolitisch - zur Abwehr des "Kommunismus" - von der gesamten Rechten unterstützt, außenpolitisch erhielt er die Hilfe der USA und zahlreicher christdemokratischer Parteien Europas. Auf diese Weise erzielte Frei das beste Wahlergebnis, das je ein Präsidentschaftskandidat in Chile erreichte: 56,1% aller Stimmen. Der Kandidat der "Demokratischen Front Chiles" (FRAP), Dr. Salvador Allende, wurde mit 17,2% deutlich geschlagen.

#### "Fortschrittlicher" Frei

Frei trat seine Präsidentschaft mit zum Teil fortschrittlichen Lösungen an: Landreform, "Chilenisierung" des Bergbaus, "Revolution in Freiheit" etc.

Mit kräftiger ausländischer Wirtschaftshilfe sollte das "Experiment Frei" zu einem Beispiel werden, wie es doch möglich sei, unter kapitalistischen Bedingungen mit bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen die wesentlichen Entwicklungsaufgaben zu lösen.

Die katholische Kirche hatte bereits im Wahlkampf Frei unterstützt, und diese Haltung setzte sich auch während seiner Amtszeit fort (mit Ausnahme eines kleinen, ultrarechten Teils des Klerus, dem die Politik Freis bereits als Verlassen der "gottgewollten Ordnung" erschien). Die Tatsache, daß die praktische Politik der Christdemokraten keineswegs ihren verbalen Bekenntnissen entsprach (so bekannten sich die Christdemokraten z.B. zum "Sozialismus"), führte noch während der Regierungszeit Freis zu einer Abspaltung am linken Flügel der PDC. Die "Bewegung für vereinigte Volksaktion" (MAPU) stellte sich dann auch im Wahlkampf 1970 auf die Plattform der Unidad Popular.

Aufsplitterung des Katholizismus

Die Linksentwicklung unter den chilenischen Christen, die vor allem ein Ergebnis der Enttäuschung über die Regierungszeit Frei war, wirkte sich auch innerhalb der PDC aus. Um eine Spaltung der Partei zu verhindern, mußte sie einen Kandidaten des linken Flügels für die Wahl nominieren: Radomiro Tomic. Dadurch war es jedoch nicht mehr möglich, einen gemeinsamen Kandidaten der bürgerlichen Parteien gegen die vereinigte Linke aufzustellen. Auf der anderen Seite war jedoch die Glaubwürdigkeit der PDC so angeschlagen, daß ein Teil des linken Flügels für den Kandidaten der Unidad Popular, Allende, votierte. Das Wahlergebnis brachte dann auch 56,6% der Stimmen für Allende, während Tomic mit 28,2% eindeutig unterlag. Bei dieser Wahl zeichnete sich bereits deutlich eine politische Aufsplitterung des chilenischen Katholizismus ab: der rechte Flügel warb offen für den Kandidaten der Nationalpartei, Jorge Alessandri, der Großteil des Klerus und der Laienorganisationen stand hinter Tomic, und auf der Linken gab es sehr aktive Gruppen, die Allende unterstützten.

Während der Regierungszeit Allendes gelang es der UP, weitere Teile katholischer Arbeiter für die Regierung zu gewinnen. Diese Entwicklung fand auch in der Abspaltung der "Linkschristlichen Partei" von der PDC im Jahr 1971 sichtbaren Ausdruck. Diese Partei war auch bis September 1973 in der UP-Regierung vertreten.

Ambivalente Hierarchie

Die Haltung der Hierarchie war typisch katholisch-opportunistisch: bis 1970 unterstützte sie eindeutig die PDC, am 1. Mai 1971 zeigte sich der Kardinal von Santiago, Raul Silva Henriquez, auf der Ehrentribüne neben Allende und am 18. September 1973 zelebrierte derselbe Kardinal in der Kathedrale von Santiago ein Hochamt anlässlich des chilenischen Unabhängigkeitstages - in der ersten Reihe saß betend die gesamte faschistische Militärjunta. Schon während der Regierungszeit Allendes war die Haltung des hohen Klerus - und insbesondere des Kardinals - ambivalent: einige Bischöfe schlossen sich demonstrativ den Landreformmaßnahmen der Regierung an, andererseits rief der Episkopat alle Priester zur politischen Abstinenz auf (natürlich richtete sich dieser Aufruf gegen die Bewegung "Christen für den Sozialismus", der in Chile jeder zehnte Priester angehört). Nach dem Militärputsch fiel dem Kardinal nichts anderes ein, als vor einem Bürgerkrieg zu warnen. Objektiv kam dies einer Unterstützung der Junta gleich, in deren Patriotismus Vertrauen zu setzen er das chilenische Volk aufrief.

Klärung der Fronten

Die rechte Führung der PDC, die sich vorerst mit den Zielen des Putsches solidarisiert hatte, mußte bald - um eine Spaltung der Partei zu verhindern - ihre Haltung ändern und zumindest zu einer verbalen Kritik an den faschistischen Militärs übergehen. An der Basis dagegen stehen heute auch viele Mitglieder der PDC im aktiven Widerstand. Der Sturz der legalen Regierung der Volkseinheit und die Ermordung Allendes haben auch bei vielen Christen Illusionen über so manche führende "Demokraten" zerstört.

Brief eines Geistlichen aus Santiago vom 26. 9. 73

(Auszüge)

Am 11. September hat ein Ereignis stattgefunden, das zu den wichtigsten der Geschichte Chiles zählt:

Es wurde die Regierung Allendes gestürzt!

....Der Präsident wurde aufgefordert, die Regierung der "Junta" zu übergeben! Diese Nachricht schlug natürlich wie eine Bombe ein. Sie löste bei vielen eine unbeschreibliche Freude aus; man fiel sich um den Hals, und manche weinten vor Freude; man hatte das Gefühl, aus einem Alptraum aufgewacht zu sein. "Die Zukunft hat schon begonnen", rief mir jemand zu. Andere waren wieder mißtrauisch. Wird es diesmal gelingen? Werden bei dieser Nachricht nicht die Arbeitermassen marschieren? Man wußte, daß viele Ausländer im Lande sind, die im Begriff waren, gegen die Wehrmacht ein Untergrundheer aufzubauen.

....Es war wie ein Traum; noch konnte man nicht glauben, daß er Wirklichkeit wurde.

....P. Osterholt und ich stiegen aufs Kirchendach, und ich nahm noch die Kamera mit. Solche historischen Momente sollte man sich nicht entgehen lassen.

....Kurz vor 12 Uhr stiegen in "Los Cerrillos" 2 Jagdbomber auf, kreisten mehrere Male über der "Moneda" und gingen dann aus der Gegend hinter dem San Cristobal zum Angriff über. In rasantem schrägen Sturzflug flogen sie die "Moneda" an, und der erste löste eine Rakete aus, die blitzschnell den rechten Flügel der "Moneda" traf. Wir sahen den Rauchstreifen der Rakete und hörten einige Sekunden später die gewaltige Detonation. Gleich

nach dieser ersten Bombe ging das zweite Flugzeug in Schußposition. Im Sturzflug löste es die zweite Rakete aus. Wieder erschien der Rauchstreifen und anschließend eine noch größere Detonation. Wir konnten es immer noch nicht glauben, daß die Luftwaffe wirklich die "Moneda" beschoß. Gleich darauf setzten die Flugzeuge zum zweiten Angriff an. Die Raketenbomben, die eine große Treffsicherheit haben, krachten erneut. Man sah nach diesen 4 Bomben bereits ein kleines Rauchwölkchen. Die Raketen selbst sah man nicht, da der moderne Rückstoßantrieb diesen Geschossen eine 4fache Kanonenkugelgeschwindigkeit gibt. Deshalb ist auch der Knall beim Aufschlag besonders dröhnend, auch wenn sehr kleine Raketen verwendet werden. Wie sich nachträglich bei der Besichtigung der "Moneda" ergab, wurden wirklich nur Mini-Raketen eingesetzt. Das Bombardement dauerte 15 Minuten. 16 Raketenbomben wurden abgeworfen; keine verfehlte ihr Ziel. Über dem Dach der "Moneda" erschien ein schwarzer Rauch, der sich beim Angriff langsam verdichtete. Gegen 12.15 Uhr flogen die Jagdbomber zu ihren Basen zurück. Gleichzeitig wurde auch die "Festung Tomas Moro" angegriffen, die Residenz des Präsidenten. Dort leistete die "Gep"- die Privatpolizei Allendes - eine paramilitärische Gruppe, bewaffneten Widerstand. Mit einigen Bomben war dort der Fall erledigt.



Da sagt ihr zwar:

Niemand wird unser Land vermessen,  
lass doch das Predigen, solche Sachen sagt man nicht,  
niemand wird uns was zu leide tun, ist unser Gott etwa untätig ge-  
Ist sein Wort ungültig geworden gegenüber unserem Land? worden?

Aber ich sage euch:

Ihr seid die Feinde des Volkes,  
hinterlistig reißt ihr denen die Kleider ab,  
die arglos vorübergehen, dem Krieg abgeneigt.  
Die Frauen meines Volkes vertreibt ihr von ihren geliebten Kindern,  
ihren Kleinen nehmt ihr ihre Mütter für immer.  
Steht auf und geht fort, denn hier ist kein Ort der Ruhe.  
Um eures Drecks willen werde ich euch vernichten in unheilbarer  
Vernichtung.

Liebe Freunde,

das Wort des Propheten ist auf grausame Weise in Erfüllung ge-  
gangen.

Es werden hier die Dinge beim Namen genannt, und damit macht man  
sich nicht beliebt. Die Räuber wurden Räuber genannt, die Diebe  
Diebe und die Mörder Mörder. Und es hat einen Skandal gegeben,  
und es gab und gibt immer wieder einen Skandal, wenn die Dinge  
beim Namen genannt werden. Der Prophet Amos wurde des Landes ver-  
wiesen, Jeremia wurde verfolgt, und man versuchte mehrmals, ihn  
zu töten, Jesus von Nazareth musste für seine Predigt ebenso mit  
seinem Leben bezahlen wie Johannes der Täufer. Rädelsführer wurde  
der Prophet Elia vom König Ahab genannt. Weil die Dinge beim  
Namen genannt wurden. Und zwar bei ihrem wirklichen Namen, beim  
einzigsten Namen, der die Dinge wirklich benennt: beim Namen Gottes.  
Gemessen wurden die Taten der Oberschicht an den Forderungen des  
Gottes, dessen Namen die Leute zwar ständig im Munde führten, den  
sie aber in ihren Herzen verachteten.

Dieser Gott, von dem es hiess, er hätte das Volk aus der Ver-  
sklavung befreit, steht nun gegen diejenigen auf, die sich zur  
Oberschicht herausgebildet hatten und die sich einen Gott nach  
eigenem Geschmack suchten und ihn in der Religion der Nachbar-  
völker auch fanden. Denn mit einem Gott, der Sklaven befreit, kann  
man keine Sklaven halten, und mit einem Gott, der eifersüchtig  
Partei ergreift für die Bedrohten der Gesellschaft - immer wieder  
kommen seine Kronzeugen, die Witwen und Waisen und die Fremden, auf  
die Bühne des Gottesgerichts -, mit einem solchen Gott kann man die  
Menschen nicht unterdrücken. Und so ist der Gott, der gesagt hat:  
Mein Name ist: ich werde mit euch sein, nicht länger ein Gott Is-  
raels, sondern ein Gott gegen Israel: Ich werde nicht mit euch  
sein, das ist mein Name, sagt der Prophet Hoshea. Ich werde euch  
vernichten.

Aber nicht doch, solche Sachen sagt man nicht, sagten die Oberen,  
und sie verfolgten die Propheten. Denn niemals hat eine Ober-  
schicht Vernunft angenommen, vielmehr lautet ihre Parole: die  
Macht auskosten, solange es geht, nach uns kommt die Katastrophe.  
Je lauter der Prophet - die Stimme Gottes und das heisst: die Stimme  
des unterdrückten Volkes - schrie: "Kehrt um!", desto entschlosse-  
ner verharteten die Oberen in ihren Verbrechen. Die letzten Tage  
Jerusalems waren die Tage einer tollwütigen Militärdiktatur,  
gegen die selbst der König nichts mehr vermochte. Die Generäle

herrschten, die Obristen hatten das Sagen, und jeder Widerstand  
wurde blutig unterdrückt. Auch damals wurden Bücher verbrannt,  
waren Spitzel und Geheimdienste tätig, die Regimegegner bis ins  
Ausland verfolgten. Es ist bitter, zu sehen, wie wenig sich geän-  
dert hat: die Geschichte der Gewalt der Mächtigen ist eine ein-  
tönige Geschichte: die Foltertechniken mögen sich verfeinert ha-  
ben, die Mittel der Gewaltigen mögen umfassender geworden sein,  
Ziel und Zwecke der Verfolgung sind die gleichen geblieben: eine  
herrschende Minderheit setzt sich über alle Schranken der Frömmig-  
keit und der Moral hinweg, wenn es darum geht, ihre Position ge-  
genüber rechtmässigen Ansprüchen der Unterdrückten zu verteidigen.  
So auch im Land Chile. Nun, dort gab es eine Regierung, die auf  
völlig legalen Wege, nach den Spielregeln der herrschenden Klasse,  
an die Macht gekommen war. Der Präsident dieser Regierung hat sich  
mit fast monotoner Eindringlichkeit an diese Spielregeln gehalten.  
Er hat sogar die Staatsmacht gegen seine eigenen Anhänger einge-  
setzt, wenn diese sich die Sabotageversuche der Gegner, deren  
Methode des politischen Mordes und der Einschüchterung nicht mehr  
gefallen lassen mochten. Er war einer, wie es in unserem Bibeltext  
heisst, der "arglos vorbeiging, dem Krieg abgeneigt". Und diese  
Arglosigkeit, dieser Widerwille gegen Gewalt, wurde ihm und sei-  
ner Regierung, aber vor allem den Massen der Arbeiter und Bauern,  
der Armen, zum Verhängnis.

Denn die Gegner scheren sich nicht um Moral. Solange sie die Macht  
haben, predigen sie den Anstand, die Gewaltlosigkeit, die Verfas-  
sung, die Frömmigkeit. Aber sobald diese Macht bedroht ist, sobald  
Privilegien angetastet werden, sobald ihre Herrschaftspositionen  
eingeschränkt werden, ist es vorbei mit der Frömmigkeit und mit  
der Moral und mit der so oft beschworenen Verfassungstreue. Dann  
greifen sie zum Schwert und "entreissen denen die Kleider, die arg-  
los vorüberziehen, dem Krieg abgeneigt". Es ist auch dies eine alte  
Geschichte. Es offenbart sich ein Gesetz: nämlich, dass die Mächti-  
gen, die Reichen, die Herrschenden und die Oberen keine andere Mor-  
al haben als diese: sich an der Macht zu halten, um jeden Preis,  
dabei über Leichen zu gehen, über Millionen von Leichen, wie die  
deutsche Bourgeoisie, die durch ihr Herrschaftsinstrument, die  
Nazis, einen verheerenden Krieg vom Zaun brach.

Es war in den Tagen des Dritten Reiches grundsätzlich nicht anders  
als in den Tagen des Propheten Jeremia. Auch nachdem für jeden halb-  
wegs vernünftigen Menschen schon feststand, dass die Politik der  
Herrschenden in die Katastrophe führen musste, machten sie weiter  
und schleppten das ganze Land in ihren Untergang mit, genauso wie  
die Nazigangster ganz Deutschland zum Untergang führten.

Welche Konsequenzen zogen die Propheten daraus? Jeremia lässt sei-  
nen Gott sagen: "Bete nicht für dieses Volk, denn ich werde dich  
nicht hören". Und an anderer Stelle heisst es: "Ich habe alle meine  
Knechte zu euch gesandt, früh und spät, und ich habe euch sagen  
lassen: kehrt doch um, ein jeder von seinen bösen Wegen... doch ihr  
habt mir kein Gehör geschenkt... Darum bringe ich euch all das Un-  
heil, das ich euch angedroht habe, denn ich habe zu euch geredet,  
aber ihr habt nicht gehört, ich habe euch gerufen, aber ihr habt  
nicht geantwortet". Gehört haben sie schon, aber bloss, um umso toll-  
wütiger denen, die redeten, den Mund zu stopfen; geantwortet haben  
sie schon: mit mehr Verbrechen, mit mehr Blutvergiessen, mit mehr  
Raub und mit mehr politischen und militärischen Abenteuern. Schon  
vor zweieinhalb Jahrtausenden haben es die Propheten erfahren müssen:  
für die Mächtigen gibt es weder Moral, noch Vernunft, noch Frömmig-  
keit. Und wenn Mächtige moralisch werden, an Vernunft appellieren,

sich fromm gebürden, so wissen die Armen, dass eine neue Welle des Terrors sich anbahnt. Wenn die Generäle zur Messe gehen, wie die chilenischen, so wissen die Armen, dass die Erschiessungskommandos unterwegs sind. Wenn die Generäle Gott danken, dann wird in den Strassen der Stadt der wahre und wirkliche Gott tausendfach gekreuzigt. Wenn der Erzbischof von Santiago zu Loyalität gegenüber den neuen Machthabern aufruft, dann wissen die Armen, dass auch die Priester zu Komplizen von Mördern geworden sind.

Aber nicht doch, höre ich, nicht doch: Du sollst Versöhnung predigen, keinen Hass; Frieden, keinen Krieg; Duldsamkeit, keine Gewalt: "solche Sachen sagt man nicht". Ja, ich predige Versöhnung, aber die Generäle und ihre Hintermänner in Chile und in den USA und bei uns in Deutschland, sie predigen Hass. Sagen nicht unsere CDU-Leute, unsere frommen Politiker, dass Marxismus und Demokratie unvereinbar sind, dass es so kommen musste, dass das nur zu verständlich ist? Ich predige den Frieden, aber sie haben dem Menschen, der ganzen Menschheit, den Krieg erklärt, denn was in Chile passiert ist, ist auch hier in Deutschland passiert, vor nicht allzulanger Zeit, und es ist in Griechenland passiert, in der Türkei, im Iran, in Indonesien (über eine halbe Million Opfer), in Ghana und Uganda; es passierte in Brasilien, in Uruguay, in Bolivien, in Paraguay. Dort leben sie noch, der Gestapomörder Klaus Barbie, alias Altmann, der Arzt Mengele, der in Auschwitz Tausende und Abertausende ermorden liess, sie leben dort, wie in Chile, wo die deutschsprachigen Chilenen mit zum Teil einschlägiger Vergangenheit zu den treuesten Anhängern der Generäle gehören, die internationale Verbrecherbande bedroht nicht nur in Chile das Leben der Menschen, sondern überall, auch bei uns; dass keiner da Illusionen hat. Ja, ich verabscheue die Gewalt, deswegen predige ich gegen die Generäle und gegen deren Hintermänner. Ich glaube, dass der, der das Schwert aufnimmt, durch das Schwert umkommen wird. Daran glaube ich felsenfest, und deshalb wird man die Leichen der neuen Machthaber aus dem Palast hinaustragen, weil sie dem Volk das Schwert, das sie aufgenommen haben, in die Hände gezwungen haben. Sie behaupten, sie wollten nur den Bürgerkrieg verhindern, aber sie haben ihn aufgenommen und mit einem Präventivschlag eröffnet. Und wenn da einer von Gott redet, wie der Herr Erzbischof von Santiago, so kann man nur sagen: er hat den furchtbaren Namen Gottes ausgesprochen und ihn gelästert, er wird seinen Hals nicht aus der Schlinge ziehen, wenn das Gericht kommt, denn es ist eine böse Zeit. Das Volk von Chile hat einen Schlag verloren, aber es sammelt sich schon. Wenn dann Blut vergossen wird, so mögen die, die sich dagegen auflehnen, bedenken: wer hat das gewollt: die Regierung Allende? Sie heissen uns predigen: Gott wird wohl für euch sorgen, erleidet die Gewalt. Aber wer ist Gott? So spricht er im Buch Jeremia: "Siehe, Unheil geht aus von Volk zu Volk, und ein gewaltiger Sturm erhebt sich von den Enden der Welt. An jenem Tag werden die Erschlagenen des Herrn daliegen von einem Ende der Erde bis zum anderen, nicht beklagt, nicht gesammelt, nicht begraben werden sie zu Dünger auf dem Feld... Horch wie die Hirten (die Oberen) schreien, wie die Herrn der Herde wehklagen. Denn Gott verheert ihre Weide, verwüstet sind die friedlichen Auen vor dem glühenden Zorn des Herrn". Das predigen wir, nichts anderes: keine Geduld, denn die Geduld des Herrn ist zu Ende. Keine Versöhnung, denn sie haben die Versöhnung verworfen. Keinen Frieden, denn sie haben den Krieg eröffnet. Sie haben das Schwert aufgenommen, sie werden das Schwert kennenlernen, indem es sie umbringen wird. Immer haben die Reichen den Armen dieses Wort vorgehalten, und die Reichen haben es den Armen im Dienste der Reichen gepredigt, um die Armen niederzuhalten. Wir kehren zurück

zum Wort Gottes und halten den Reichen dieses Wort vor: ihr werdet umkommen, denn ihr werdet nicht umkehren. Seid ihr besser als die Bewohner Jerusalems?

Aber wir, was ist mit uns? Wir sind doch nicht schuldig, wir bedauern das doch, unsere Regierung bedauert es und ist besorgt. Ja, was ist mit uns? Ich werde Ihnen sagen, was mit uns ist. In dem Reisekatalog der Firma Neckermann lese ich: "016, 016! Caracas, eine Stadt mit Pfeffer und Feuer. Der Verkehr brodelt über die Autopisten. Faszinierende modernste Gebäude und das farbige Leben in den Slums (Elendsvierteln) - trotz allem fröhlich und ausgelassen". Die Hauptstadt des lateinamerikanischen Landes Venezuela ist hier gemeint, eine Millionenstadt, umgeben von riesigen Müllhalden und Vierteln von Blech- und Bretterhütten, wo Ratten und Geier und Menschen gemeinsam im Müll wühlen, um noch was Brauchbares zu finden, wo die Kinder wie die Fliegen sterben, wo gemordet und geraubt wird, wo sich die Frau zur Hure machen muss, um Nahrung für ihre Kinder kaufen zu können, wo das Ungeziefer wohnt und der Mensch zu Ungeziefer gemacht wurde - ausgelassen und fröhlich ist ein solches Leben, finden Sie nicht? Aber nicht die Werbefachleute der Firma Neckermann sind hier die Zyniker, sondern wir, denn sie schreiben als gute Werbefachleute nur, was wir hören wollen, was unsere reichen Touristen lesen wollen. Für sie ist das Elend nur ein farbiges Bild vor der Kamera. Für sie ist das Elend nicht etwas, das sie durch ihr Reichsein verursacht haben und täglich verursachen, indem sie dem Land seinen natürlichen Reichtum rauben und ihre Geschäfte damit machen, indem sie als ihre Statthalter eine verbrecherische Regierung einsetzen und jeden Widerstand mit Gewalt unterdrücken lassen. Fröhlich und fröhlich und ausgelassen sind die Elenden? Sie werden kommen und zeigen, wie farbig und fröhlich und ausgelassen das Leben ist, zu dem wir sie verurteilten, auch wir. Denn die Zeiten sind vorbei, die Zeiten der Duldsamkeit und der Verzweiflung, sondern es kommen böse Zeiten, für uns und für die ganze Welt. Die Zeiten sind vorbei, da die Vereinigten Staaten nach ihrem Belieben Regierungen ein- und absetzen können. Die Zeiten sind vorbei, da die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die ganze Welt ausplündern. In Vietnam wurde ihnen klargemacht, dass die Völker der ausgeplünderten und zu Elend verurteilten Welt wach geworden sind. "Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt". Wer ist das Maß der Dinge, die korrupte Regierung der Vereinigten Staaten, deren Mitglieder in die übelsten Skandale verwickelt sind und sich dennoch als Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie verstanden wissen wollen? Wenn der korrupte Präsident Nixon mal wieder vor dem Fernsehen erscheint, um sich an seine Wähler zu wenden, beendet er seine Ansprache regelmässig mit der gotteslästerlichen Redewendung: God bless America, Gott segne Amerika. Gott wird nicht Amerika segnen, sondern die Welt, und der Segen wird bestehen in der Vernichtung dieses Raubstaates und aller Staaten, die sich an dieser Ausplünderung der Welt beteiligen, Westeuropa, Japan, wie es der alte Prophet Habakuk zu der Grossmacht seiner Tage gesagt hat: "Weil Du viele Völker ausgeraubt hast, werden die übrigen Völker Dich ausplündern um der Blutschuld an den Menschen willen und wegen der Gewalttat an der Erde, an der Stadt und allen, die darin wohnen". Wir werden unseren Hals nicht aus der Schlinge ziehen.

Predigen wir die Gewalt? Nein, wir sind gegen die Gewalt. Wir sind gegen die Gewalt der Reichen an den Armen, gegen die Gewalt derer, die Menschen zu Ungeziefer machen, die sich vollfressen und die Massen der Armen aussaugen, wir sind gegen diese Gewalt.

Wir sind gegen die Gewalt der Regierungen, die Kriege vom Zaun brechen, die ganze Länder zerbomben, die Millionen in den Tod schicken, wir sind gegen diese Gewalt.

Wir sind gegen die Gewalt derer, die die Propheten, die zu ihnen gesandt werden, einkerkeren und erschliessen lassen, die zwar Angst vor dem Kommunismus haben, aber keine Angst vor der Konsequenz ihrer Verbrechen, die Bücher verbrennen und das Wort Gottes auszulöschen versuchen, wir sind gegen diese Gewalt.

Wir sind gegen die Gewalt derer, die in aller Welt, auch bei uns, Moral und Verfassungstreue predigen, aber sowohl Moral als Verfassung brechen, sobald sie ihnen nicht mehr dienen, wir sind gegen die Gewalt der Mörder und Terroristen in den Regierungssesseln und den Büros der grossen Konzerne, gegen diese Gewalt sind wir.

So sehr sind wir gegen diese Gewalt, dass wir nicht aufhören werden gegen sie zu predigen; einseitig sind wir dabei, aber auch Gott ist einseitig. Seiner furchtbaren Einseitigkeit, seiner Lifersucht für das Recht und gegen das Unrecht, seiner Ehre und seinem Namen können wir nicht gerecht werden, wir können höchstens hoffen, da gerecht gemacht zu werden. Er ist nicht für alle da, sondern er ist gegen die, die Gewalt üben an den Völkern, an der Erde, an dem Menschen. Und wir sollten nicht den katastrophalen Fehler machen, aus falsch verstandener, nur herrschafts- und gewaltverstärkender Friedfertigkeit Frieden zu predigen, wo kein Frieden ist. Denn Gott dienen, heisst den Menschen dienen, weil er sich der Menschen angenommen hat, so sehr angenommen, dass er selber Mensch wurde und das Unrecht einer verbrecherischen Obrigkeit an seinem eigenen Leibe erfahren hat. Und wenn wir nicht den Hungerigen Brot und den Durstigen Wasser, Nackten Kleidung, Obdachlosen Wohnung verschaffen, wenn wir nicht den Armen Recht tun, indem wir ihnen in ihrem Kampf um ihr Recht zur Seite stehen, so wartet auf uns das Feuer, das Feuer der Völker, die sich ihr Recht nehmen werden, das Feuer der Unterdrückten, der Klassen der Entrechteten. Wir werden nur gefragt, auf welcher Seite wir stehen, auf der Seite der Menschen oder auf der Seite derjenigen, die dem Menschen den Krieg ansagen. Da gibt es keine Neutralität, und jeder, der dort neutral sein will, jede Kirche, die sich da heraushalten will, steht auf der Seite des Unrechts, lehnt sich gegen ihren eigenen Gott auf. Und wir haben da keine Bedingungen zu stellen. Denn wenn wir gegen die Gewalt sind, müssen wir nicht anfangen bei der Gewalt der Armen, sondern bei der Gewalt der Reichen. Sie haben das Schwert aufgenommen, sie werden durch das Schwert unkommen, und wir können dieses Gottesgericht nicht verhindern, wir dürfen es nicht mal wollen.

Uns ist gesagt:

Hinweg von mir mit dem Lärm deiner Lieder  
Das Spiel deiner Instrumente mag ich nicht hören,  
Sondern lasse Recht strömen wie Wasser  
Gerechtigkeit wie ein reissender Bach.

Solche Sachen sagt man nicht. Unter Reichen und Vornehmen. Aber dies ist das Wort Gottes, und kein Mensch und keine Macht kann dieses Wort auslöschen. Unterdrücke es in einem Menschen und Tausende werden es weiter sprechen. Es gilt unmissverständlich klarzumachen, dass die Oberen nicht mehr mit den Christen rechnen können, wenn sie sich nach ideologischer Schützenhilfe umsehen. Denn das Wort ist ihre Verurteilung und die Verdammung ihrer Untaten. Himmel und Erde mögen vergehen, dieses Wort steht. Wir sind nur Stimme dieses Wortes.

Veranstaltet von ESG/Auslandspfarramt

BERICHT AUS DEM NATIONALSTADION

Der stärkste Eindruck, der mir heute vom Nationalstadion in Santiago, wo ich über einen Monat gefangen war, bleibt, ist ein Aufruf zum Widerstand. Niemals werde ich die Worte eines chilenischen Genossen vergessen, der, als er sich von uns verabschiedete, sagte: "Glück, Kameraden. Erinnern sie sich an uns, die wir hierbleiben."

Ich möchte nicht in erster Linie von der Heftigkeit der Unterdrückung, von der Willkür, den Erschiessungen, von den Bedingungen, unter denen wir lebten, erzählen. All dieses ist schon gut bekannt. Ich möchte vielmehr vom Widerstand reden. Ein Widerstand, der heute in den Fabriken, in den Städten, aber auch in den Gefängnissen geleistet wird, und der unter den Stiefeln der Militärs im Stadion geleistet wurde.

Es war äusserst selten, daß einer von Fällen wußte, wo Leute ihre eigenen Kameraden denunzierten. Ich habe Männer und Frauen gesehen, die die heftigsten Schläge und Qualen erlitten und trotzdem standhaft blieben.

In jeder Kammer bildeten wir unsere eigene interne Organisation. Wir wählten einen Abgeordneten, der mit dem Kontakt zu den Militärs beauftragt war, und der ihnen unsere Forderungen übermittelte. Wir teilten unter allen, was auf illegalem Wege von draussen zu uns kam, Zigaretten, Essen, Süßigkeiten oder Bekleidung.

Außerdem gelang es uns mit der Zeit, eine gute Beziehung zu den Soldaten und Offizieren, die uns bewachten, aufzubauen. Ohne daß ihre Vorgesetzten es wußten, schufen sie Kommunikationsmöglichkeiten unter den Gefangenen, gaben uns wichtige Informationen, zu denen sie Zugang hatten, brachten uns von aussen Essen und Medikamente, überbrachten unseren Familienangehörigen Nachrichten. Viele wurden entdeckt und bestraft, aber obwohl ihnen das Risiko bewußt war, fuhren sie fort, so zu handeln, sei es, weil sie Mitleid mit uns hatten, sei es, weil sie in einigen Fällen tatsächlich nicht auf der Seite der neuen Regierung standen.

Wir versuchten mit allen Mitteln über das, was in den anderen Kammern geschah, informiert zu sein und die wichtigsten Informationen nach draussen zu bringen. Deshalb boten sich einige Kameraden an, bei der Essensausgabe mitzuarbeiten; dies ermöglichte es ihnen, in alle Teile des Stadions zu kommen und mit allen einige Augenblicke zu reden. Dasselbe taten die Gefangenen, die Ärzte waren, und die sich anboten, den übrigen Kameraden medizinische Hilfe zu leisten. Schließlich boten sich viele von uns an, in der Verwaltung mitzuarbeiten, wo Karteien über Verhaftungen und Listen mit Gefangenen aufzustellen waren, was uns erlaubte, eine große Zahl wichtiger Informationen zu sammeln. Die Militärs brauchten Leute, die ihnen halfen, jene Masse von Tausenden von Häftlingen zu verwalten, und es war ihnen nicht bewußt, daß die Arbeit, die wir ausführten, uns selber nützte.

Wir Frauen bekamen stets eine bessere Behandlung. Wir waren eine Art Ausstellungstück für die Zeitungsleute und für die internationalen Organisationen wie das Rote Kreuz, die UN usw. Auch

die Soldaten und die Offiziere halfen uns mehr als den Männern. Wir hatten viele "Privilegien": wir waren besser untergebracht, durften den ganzen Tag an der Sonne sein, bekamen mehr Lebensmittel (obwohl von derselben Qualität) und so Sachen. Wir versuchten, diese Situation auszunutzen, um auch den Männern zu helfen. Ein Teil von dem, was uns erreichte, vor allem Süßigkeiten und Zigaretten, wurde den Männern zugesandt.

Trotz aller Probleme waren wir Ausländer in einer besseren Lage als die Chilenen. Uns war bewußt, daß die Junta dem internationalen Druck ausgesetzt war, und uns schließlich erlauben mußte, in ein anderes Land zu gehen. Tatsächlich geschah genau dies. Zunächst wurden Besuche des I.R.K. erlaubt. Später wurde eine Kommission für die Sache der Flüchtlinge von der UN gegründet, man erlaubte ihnen den Eintritt ins Stadion, und wir hatten zwei Versammlungen mit ihnen, in denen alle Ausländer anwesend waren, unabhängig davon, ob die Ausweisung gegen sie schon ausgesprochen worden war, oder ob sie sich noch vor ein Militärgericht begeben mußten. Überraschenderweise hatten die Mitglieder der Kommission einige Schwierigkeiten, zu erkennen, daß die Junta nicht so mächtig war wie es ihnen scheinen konnte, und ihnen keinen Gefallen tat, wenn sie ihnen den Kontakt mit den Gefangenen erlaubte. Es war einfach so, daß sie (die Junta) in einer verzweifelten Lage war, in der sie internationale wirtschaftliche Hilfe brauchte. In dieser Situation war es für uns klar, daß die Kommission in der Lage war, mehr zu tun als sie dachte (für möglich hielt). Und es war unsere Aufgabe, ihr dies klarzumachen.

Schon in der ersten Versammlung waren wir mehr oder weniger organisiert durch Vertretungen nach Nationalität. Die Versammlung fand unter der Anwesenheit eines für Ausländer zuständigen Majors statt, trotzdem wurde die Willkür und die Gewalt, der wir ausgesetzt waren, angezeigt. Wir stellten die Forderung auf, daß sich die Lage derjenigen, die sich noch vor einem Militärgericht verantworten sollten, dahingehend änderte, daß man sie auswies, und stellten klar, daß wir das Stadion zusammen verlassen wollten, also alle Ausländer gemeinsam. Die Anklagen brachten die Militärs dazu, Repressalien auszuüben, aber sie konnten nicht mehr verhindern, daß wir sprachen.

Als die brasilianische Polizei am 16. Oktober ins Stadion kam, (alle Brasilianer wurden über ihre Aktivitäten in Brasilien verhört und sechs wurden gefoltert) schickten wir diese Information sofort ab, damit die UN-Kommission Maßnahmen treffen konnte.

Am vorhergehenden Tag hatten wir Frauen einen gesonderten Besuch der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen bekommen. Vorher hatte der Lagerchef, Coronel Espinoza eine Inspektion aller Kammern durchgeführt, um zu sehen, ob alles o.k. war. Wir hatten die Absicht gehabt, zwei Genossinnen, die barbarisch gefoltert wurden, zu verbergen. Eine von ihnen war ungefähr im sechsten Monat schwanger und erbrach Blut. Der Körper der anderen war eine einzige Wunde und sie drohte ein Auge zu verlieren. Als die Kommission kam, war in der Kammer eine lebende Wand gebildet worden, die die zwei Frauen verbarg. Diese Wand öffnete sich, um die Kommission durchzulassen. Als sie sie dort liegen sahen, ausgestreckt auf dem Boden, begannen die Mitglieder der Kommission zu weinen.

Vanio José de Mattos, Brasilianer, 47 Jahre alt, politischer Flüchtling, starb im Nationalstadion, weil ihm keine medizinische Hilfe geleistet wurde. Ein brasilianischer Genosse, Arzt,

der in derselben Zelle war wie er, machte die Militärs auf die dringende Notwendigkeit einer Operation aufmerksam, andernfalls er sterben müsse. Er hatte eine Darmverstopfung festgestellt. Man hörte nicht auf ihn. Am 12. Oktober brachten sie ihn ins Lagerhospital des Stadions. Sie operierten ihn dort am 15. im Morgengrauen. Ein Soldat, der ihn gesehen hatte, berichtete, daß in der letzten Nacht sein Bauch so geschwollen war, daß man glaubte, er würde platzen. Seiner Frau, Maria das Dorez Romaniolo, die auch im Stadion festgehalten wurde, teilten sie mit, daß ihr Mann an Bauchfellentzündung gestorben sei. Dem Abgesandten der UN, der ihr die Nachricht brachte, und der mit uns weinte, als er sie sah, erklärte sie, daß ihr Mann gesund ins Stadion gekommen war.

Später kam ein General sie besuchen, dem sie sagte, daß sie eine Frau sei, die nie in ihrem Leben an Politik gedacht hätte. Aber daß sie von dem Tage an, an dem sie aus Chile herauskäme, nur zwei Anliegen haben werde: - für ihr zwei Jahre altes Töchterchen zu sorgen, daß sie in der Obhut einer Nachbarin gelassen hatte, und der Welt anzuzeigen, was sie in Chile nach dem Militärputsch gesehen und erlebt hatte.

**SPENDET FÜR DEN SIEG DER  
CHILENISCHEN  
ARBEITERKLASSE**

**PSCHK BERLIN-WEST, ELFRIEDE KOHUT, NR. 380 087-108  
KENNWORT: HILFE FÜR CHILE**

**DEUTSCHE BANK, 8 MÜNCHEN, KURFÜRSTENPLATZ,  
KONTO-NR. 35-53062, SONYA PATRICK-LARTHE**

Auszug aus "SPIEGEL" Nr. 12/1965

### Chile - Entwicklungshilfe

"Der Bundestagsabgeordnete der Christlich-Demokratischen Union, Heinrich Gewandt, 38, müht sich, dem Gerücht entgegenzuwirken, er sei der heimliche Herr des südamerikanischen Kupferstaates Chile. Gewandt: "Ich bin nicht für alles verantwortlich, was in Chile passiert."

Doch die chilenische Presse nimmt dem CDU-Mann diese Beteuerungen nicht ab. "Fünfmal hat Gewandt unser Land besucht", schrieb die Abendzeitung "Ultima Hora", "und jeder Besuch war mit wichtigen politischen Entscheidungen für Chile verknüpft."

..Heinrich Gewandt kann für sich beanspruchen, am Siege Eduardo Frei entscheidend mitgewirkt zu haben. .. Gewandt gründete 1962 das "Institut für Internationale Solidarität e.V." (Unterorganisation der "Konrad-Adenauer-Stiftung", Anm. d. Red.) In den Vorstand des Instituts traten die Bundesminister von Hassel, Heck und Dollinger ein. Als Ziel wurde verkündet: "Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland, besonders in Lateinamerika."

Von seiner Position im Haushaltsausschuß des Bundestags aus gelang es Gewandt, einen Posten des Bundeshaushalts, aus dem überparteiliche Organisationen für staatspolitische Bildungsarbeit Subventionen beziehen können, für das Institut zu nutzen. Jährliche Zugabe: 4,5 Millionen Mark. Gewandts Lateinamerika-Institut hätte freilich nie eine echte Chance bekommen, wären nicht die Amerikaner auf das Bonner Experiment aufmerksam geworden. Washington suchte in Lateinamerika nach Verbündeten im Kampf gegen den sich rapide ausbreitenden Fidelismus. ... Anfang 1963 nahmen Sendboten des State Department Kontakt mit Gewandt auf und luden ihn nach Washington ein. Senator Hubert Humphrey, ebenfalls einstiger Drogist und heute Vizepräsident der Vereinigten Staaten, empfing den Hamburger Exkollegen und empfahl ihm, sein Glück zu versuchen. Und Heinrich Gewandt ging an die Arbeit. Während die Akademie Eichholz die Führungsschule der CDU bei Köln - Ausbildungszentren in Caracas, Guatemala City und Santiago de Chile errichtete und das Institut Gewandts bei der Errichtung christdemokratischer Parteien behilflich war, liefen andere Fäden über die christlichen Gewerkschaften, so die Confederación Latinoamericana de Sindicalistas Cristianos (CLASC). Deren Boß, Emilio Mäspero, gestand: "Deutsche Christen helfen uns."

Am nachhaltigsten wirkte sich die CDU-Hilfe in Chile aus. Deutsche Wahlhelfer unter Führung Gewandts und dessen Stabschef Rudolf Dertinger, Sohn des ersten DDR-Außenministers, brachten in Chile eine antikomunistische Koalition zusammen, die dem Christdemokraten Frei im September 1964 zum Wahlsieg verhalf - und dies in einem Lande, in dem Monate vorher die Machtübernahme durch eine kommunistische Volksfrontregierung unabwendbar schien ( Spiegel 38/1964). ... Kaum aber hatte Frei in der vergangenen Woche die Parlamentswahlen gewonnen, da sicherte in Bonn durch, daß die Bundesrepublik auch die gesamte Finanzierung der Frei-Reformen übernehmen wird. Regierungschef Erhard, der regelmäßig mit seinem Kollegen korrespondiert, kündigte in einem vertraulichen Schreiben dem Chilenen einen außerordentlichen Kredit von 40 Millionen Mark an. Die Erschließung chilenischer Bodenschätze sollen Gesellschaften übernehmen, an denen sich der chilenische Staat und deutsche Konzerne je zur Hälfte beteiligen werden.

Das chilenische Kommunistenblatt "El Siglo" wettete: "Chile soll für die Bonner Christdemokraten offenbar die Ausgangsbasis sein, von der aus sie ganz Südamerika erobern wollen." Gewandt zum Spiegel: "Da haben die Kommunisten nicht ganz unrecht."

### Öffentlicher Brief von Punto Final an den Senat

Ehrenwerter Senat:

Hiermit mache ich von dem Recht Gebrauch, das mir der Artikel 26 der politischen Verfassung der Republik gewährt und stelle Antrag auf Überprüfung der moralischen Tauglichkeit des kürzlich gewählten Senators Eduardo Frei Montalva.

Allen ist bekannt, daß man über formale und moralische Qualitäten verfügen muß, um die Souveränität des Volkes gewissenhaft zu vertreten. Es können weder Menschen in den Kongreß gewählt werden, die keine Staatsbürger mit Wahlrecht sind, noch solche, die für Vergehen verurteilt sind, auf die Freiheitsstrafe steht.

Ebensowenig können Individuen öffentliches Vertrauen genießen, wenn sie Erbkrankheiten besitzen oder sich den Menschen weder verständlich machen können, noch sie selber verstehen.

Wenn unsere Carta Fundamental so streng mit den äußerlichen oder formalen Forderungen war, so war sie es noch mehr mit den Belangen, die sich auf die moralische Seite der Persönlichkeit des Gewählten beziehen.

Von daher ist für einen Senator ein moralisch einwandfreier Charakter der jeder Prüfung standhält, erforderlich, damit niemals ein Chilene behaupten kann, daß er das Prinzip, wonach dieses Land nur von seinen besten Söhnen vertreten werden darf, verletzt wurde.

Der erwähnte Artikel 26 befaßt sich hauptsächlich mit diesen Prinzipien und überläßt der entsprechenden Kammer die Zuständigkeit für die Beurteilung dieser moralischen und physischen Fähigkeiten.

Wie es sich nun zeigen wird und wie es schon im Bewußtsein der großen Mehrheit der Chilenen besteht, ist der Staatsbürger Eduardo Frei Montalva moralisch unfähig, das Amt des Senators auszuüben, weil er nach der Meinung einiger "der Mann von Washington" ist, wegen seiner Verbindungen und Abhängigkeit vom US Imperialismus.

Es ist erforderlich, seine öffentlichen Tätigkeiten ins Gedächtnis zu rufen.

Wenn wir um die Überprüfung der Fähigkeit des Herrn Eduardo Frei, das Senatorenamt der Republik zu erfüllen, nachsuchen, unterlassen wir es nicht, uns die gegenwärtige Zusammensetzung des ehrenwerten Senats vor Augen zu halten, die das Gelingen des Verfahrens, das wir fordern, zweifellos sehr schwierig machen wird. Trotzdem zwingt uns unser Gewissen dazu, dieses Gesuch dem ehrenwerten Senat vorzulegen.

Wir glauben, daß wir, wenn wir diese Petition zur Überprüfung auf Unfähigkeit in die Wege leiten, als Repräsentanten eines weiten Sektors der Staatsbürger handeln, insbesondere der Arbeiter, die über Herrn Frei die gleiche politische Meinung wie wir haben.

Wir sehen auch, daß, ganz gleich, welches Schicksal diese Petition haben wird, sowohl der ehrenwerte Senat, als auch die öffentliche Meinung die Möglichkeit haben werden, Herrn Frei aufzufordern, Auskunft über die während seiner politischen Laufbahn vorgekommenen Begebenheiten - welche es ihm unserer Meinung nach verunmöglichen, das Amt eines Senators oder irgendein anderes öffentliches Amt weiterhin innezuhaben - zu geben.

Es ist bekannt, daß Herr Eduardo Frei Montalva seine öffentliche Tätigkeit als Publizist im Norte Grande des Salpetermagnaten Osvaldo de Castro begann. Er leitete die Zeitung "Tarapaca" von Iquique, Eigentum der Salpetergesellschaft von Tarapaca und Antofagasta (COSATAN). Wir zitieren diese Tatsache, weil wir es nützlich finden, an den Ursprung der politischen und persönlichen Verbindungen des Herrn Frei zu erinnern.

Später verwandelte er sich in einen Anwalt der Organisation Kappes, einer der größten privaten Versicherungskonzerne. Als Herr Frei sich dann der politischen Tätigkeit widmete, konnte er seine Bande mit den wichtigsten nationalen und ausländischen Gruppen der Finanz stärken, die er letzten Endes dann auch auf parlamentarischem und administrativem Gebiet zu vertreten begann.

Während der Präsidentschaftskampagne von 1964 erhielt Herr Frei - der um die Erste Magistratur in Vertretung der christdemokratischen Partei, die von den Parteien der Liberalen und Konservativen unterstützt wurde, nachsuchte - die finanzielle Unterstützung großer privater chilenischer, nordamerikanischer und europäischer Unternehmen. Kürzlich, am 6. April 1973 warf die nordamerikanische Tageszeitung "The Washington Post" etwas mehr Licht auf diese Tatsachen. In einer von Herrn Lawrence Stern unterzeichneten Information mit dem Titel "Die Vereinigten Staaten halfen, Allende 1964 zu schlagen", wird behauptet, daß "ein Ex-Agent des CIA sich in dem Versuch von 1964 zutiefst kompromittiert habe", er enthüllte außerdem, daß "die Operation zur Unterstützung der Kandidatur von Frei eine Investition seitens der Vereinigten Staaten sich 20 Mill. Dollar beliefen." Der Journalist Stern behauptet, daß Herr Frei für die Präsidentschaftskandidatur außerdem Geldmittel aus der BRD und Italien bekommen hat. Im ersten Fall durch private Stiftungen, wie von der Konrad Adenauer Stiftung (von der CDU der BRD) und von den deutschen Bischöfen. Frühere Veröffentlichungen in der nordamerikanischen Presse ("The New York Times") erwähnen, daß die katholischen Organisationen von Holland auch dazu beisteuerten, die Kandidatur von Herrn Frei 1964 zu finanzieren.

Seit dem Datum der Veröffentlichung des erwähnten Artikels in der "Washington Post", der zeitlich zusammen mit den Enthüllungen im Senat der USA über die Einmischung von ITT und CIA in die interne Politik von Chile veröffentlicht wurde, hat Herr Frei eiserne Ruhe bewahrt.

Immerhin, im Bewußtsein der Staatsbürger unseres Landes einschließlich der Parteigänger des Herrn Frei ist es klar, daß die Veröffentlichung der "Washington Post" in ihren Grundzügen der Wirklichkeit entspricht. In der Tat: die Manipulation der Geldmittel und Hilfsquellen auf großer Stufenleiter bei der Kandidatur von Herrn Frei 1964 kann sich nur erklären durch eine außergewöhnliche Finanzierung, zu der weder Herr Frei persönlich noch seine Partei in der Lage waren. Darüber hinaus können das Ausmaß ihrer Propaganda und der Gebrauch der Techniken des psychologischen Kriegs, die der CIA angewendet und die in der sogenannten "Kampagne des Terrors" benutzt wurden, nur aus Finanzierungsquellen gespeist worden sein, wie sie in dem zitierten Artikel der "Washington Post" erwähnt werden. Mehr noch: von der Filiale der Kennecott Copper in Chile beschlagnahmte Dokumente, deren Authentizität beim Gerichtshof während des Prozesses des Ex-Senators Raul Mprales Adriasola gegen den Direktor der nicht mehr erscheinenden Zeitschrift "Mayoria", Luis Munoz Orellana, überprüft wurde, werfen mehr Licht auf die Verbindungen des Herrn Frei mit den imperialistischen Trusts.

In der Tat, unter anderen Dokumenten informiert eine "Erinnerungshilfe" vom 12. November 1963 - die streng geheim ist - über die private Zusammenkunft Herrn Freis, damals Senator und Präsidentschaftskandidat, mit Robert M. Haldemann, Vizepräsident der Braden Copper Company. An dieser Zusammenkunft nahmen außerdem Herr José Claro Vial teil, der der Schatzmeister der Kampagne von Herrn Frei war. Sie sicherten den Stellvertretern von Kennecott Copper zu, daß eine Regierung mit Freis Führung niemals das Kupfer nationalisieren würde. Außerdem versicherte Herr Frei Herrn Haldemann, daß es im Falle seiner Präsidentschaftswahl "niemals ein Problem werden würde, die gegenwärtig hohen Steuern zu senken." Das Dokument spiegelt den Grad der Vertraulichkeit wieder, zu dem Herr Frei mit den Vertretern des Imperialismus gelangt war. Wörtlich heißt es, daß er, an Herrn Robert M. Haldemann gewandt, gesagt hätte: "Bob, für was braucht ihr (die Kupfergesellschaften) einen Gesetzentwurf über die Steuerstabilität, wenn der nächste Präsident von Chile ein auf verfassungsmäßigem Wege gewählter Marxist sein wird? Der Marxismus wird nicht nur die Verfassung wegfegen, sondern auch alle demokratischen Gesetze."

Weiter vorne zitiert das Dokument Herrn Frei, als er Anspielungen auf die Manager der Kennecott und Anaconda Copper macht, dabei sagte er, "Herr Milliken (von der Kennecott) ist ein harter und verschlossener trockener Mann. Ich ziehe seine hohe Intelligenz nicht in Zweifel, aber er besitzt nicht die menschliche Wärme und Herzlichkeit, die Mr. Roy Glover (Anaconda) hatte, mit dem mich eine sehr gute Freundschaft verband, und der es mir zu danken wußte, daß ich zu Gunsten des neuen Vertragsgesetzes gestimmt habe."

Jeder im Land - und besonders der ehrenwerte Senat - kennt die freundschaftlichen Beziehungen, die Herr Frei mit den nordamerikanischen Unternehmen unterhielt, seit er im Amt des Präsidenten der Republik war. Die für Anaconda, Kennecott und Cerro Corporation vorteilhaft abgeschlossenen Lohnverhandlungen (Ende 1964) und die später ausgehandelte Paktierte Verstaatlichung sind ins Bewußtsein der öffentlichen Meinung dieses Landes gerückt.

Herr Frank Milliken, der Vizepräsident von Kennecott, sah sich auf der Aktionärsversammlung seiner Gesellschaft, die in New York stattfand, gezwungen, öffentlich anzuerkennen, daß die Gefälligkeit der von Herrn Frei geführten Regierung die Ansprüche von Kennecott übertroffen hat.

Wir wollen hier nicht auf die lange Reihe von Skandalen und verwaltungsmäßigen Verstößen während der von Herrn Frei geführten Verwaltung, die seine besten Gesinnungsgenossen bereicherten, eingehen. Dagegen können wir aber Tatsachen, die in engem Zusammenhang mit seiner Rolle als Verteidiger großer - nationaler und ausländischer - Privatinteressen stehen, nicht verschweigen.

Wir beziehen uns auf die Unterdrückung und die Massaker, unter denen die Arbeiterklasse - insbesondere die Kupferarbeiter - während seiner Regierungszeit zu leiden hatte. Bei einer ersten Übersicht konnten folgende Fakten zusammengestellt werden:

11. März 1966: 8 Tote und 60 Schwerverletzte im Bergwerk von El Salvador. Zu den Ermordeten zählen 2 Frauen; 50 der Verletzten blieben für ihr ganzes Leben invalid. Gewerkschaftsführer und hunderte von Arbeitern wurden entlassen.

23. November 1967: ein Kind im Alter von 12 Jahren - Jaime Valenzuela Carvajal - wird von der Polizei erschossen, die sich im Einsatz gegen einen von der CUT organisierten Streik befand.

1968: die von Herrn Frei verordneten polizeilichen Repressionsmaßnahmen führen dazu, daß Enrique Quiroz Venegas, Führer der obdachlosen Pobladores durch Schüsse getötet wird. Anderthalb Monate später fällt unter den Kugeln der Polizei in Rancagua ein anderer Arbeiterführer, Luis Hevia. Streikende Professoren werden, nachdem sie von der Regierung hintergangen wurden, im Theater Normandie brutal zusammengeschlagen. In der Strasse San Martin vor dem Parteigebäude der Sozialistischen Partei werden junge Sozialisten mit Schlägen und Kolbenhieben angegriffen. Dabei wird einem jungen Mann durch den Fusstritt eines Polizisten ein Auge ausgeschlagen.

Die Regierung des Herrn Frei schreckt in ihren Unterdrückungsmaßnahmen vor nichts mehr zurück. Diese begannen 1965, als die Professorin Magaly Honoratio aus Verzweiflung über die polizeilichen Folterungen, sich das Leben nahm. Einige Monate später wurde durch die Kugeln der Polizei, bei der Vertreibung der Landarbeiter von dem Grundbesitz "Los Cristales" in Curicó, Carlos Careceda ermordet. Am 31. August 1968 wird der Streik, der elf Grundbesitzer in der Gemeinde San Esteban umfaßte mit Schlägen und der Verhaftung von 101 Landarbeitern unterdrückt.

9. März 1968: Auf den Ländereien von Pampa Irigoien in Puerto Montt werden 10 Bewohner der Armenviertel - unter ihnen ein erst einige Monate altes Kind und zwei Frauen - ermordet. Der Befehl zur Vertreibung der Bewohner ohne jede Rücksichtnahme wurde dem Bürgermeister von Llanquihue, Jorge Pérez Sánchez vom Unterssekretär des Innenministeriums und ehemaligen Bevollmächtigten des juristischen Büros Eduardo Freis, Juan Achurra Larrain, erteilt.

29. August 1969: der Arbeiter Pedro Opazo der Gemeindeverwaltung von San Miguel wird, während einer von der Regierung des Herrn Frei befohlenen Polizeiaktion, durch ein Tränengasgeschos das seinen Schädel durchschlägt, getötet. In diesen Tagen wer-

den die Arbeiter von SABA, mit dessen Besitzern Herr Frei persönliche Beziehungen unterhält, unter Schlägen aus dem Betrieb vertreiben und eingekerkert. Sie wurden beschuldigt, ein Feuer gelegt zu haben, was jedoch von der Polizei selber gezündet worden war.

11. September 1969: Carlos Adonis Maldonado, 19 Jahre alt, wird in Copiapó, bei der von der Regierung befohlenen Unterdrückung einer Studentendemonstration, getötet.

1. Mai 1970: Alfonso Guerra wird von Mitgliedern der FACH erschossen. Einen Monat später werden Claudio Pavéz und Mauricio Nuñez in Puento Alto getötet.

3. Juli 1970: Während einer Versammlung auf dem Tropezón-Platz wird der 17jährige Student Miguel Angel Aguilera von einem Unterleutnant der Carabineros ermordet. Der Mörder ist geständig, Befehle "von oben" empfangen zu haben, denen zufolge er in ziviler Kleidung provozierend auftreten sollte.

22. Oktober 1970: Durch eine von General a.D. Roberto Viaux geleitete Verschwörung wird der Oberbefehlshaber des Heeres, General René Schneider, ermordet. An der Verschwörung waren weiterhin beteiligt: der Minister des Inneren, Patricio Rojas, der General der Carabineros, Vicente Buerta Célis, der Chef der Zivilpolizei, Luis Jaspard da Fonseca, der Befehlshaber der Militärgarnison, General Camilo Valenzuela und andere, die das Vertrauen des Präsidenten genossen. Ihre Pläne schlossen einen von Herrn Frei - der in die Angelegenheit persönlich nicht einbezogen werden wollte - "autorisierten" Staatsstreich ein. Ausserdem wurden der Senator Carlos Altamirano und die Abgeordneten der Sozialistischen Partei Joel Narambio und Luis Espinoza sowie zahlreiche linke Journalisten gefangen genommen.

Die Tatsachen, die Herrn Freis Unfähigkeit zur Ausübung seines Amtes unter Beweis stellen, sind nicht nur im Verlauf seiner Präsidentschaftsperiode, in seiner Abhängigkeit vom Imperialismus und von den nationalen Finanzeliquen, in den Begünstigungen, die er amerikanischen Kupfergesellschaften einräumte, in der finanziellen Unterstützung von 20 Millionen US Dollar, die er für seine Kandidatur 1964 erhielt, und in der Unterstützung durch US Agenten während dieser Wahlkampagne festzustellen. Sie sind auch in den konspirativen Aktionen, die den Antritt der Präsidentschaft der Republik durch Dr. Salvador Allende verhindern sollten, zu finden.

Nach wie vor ist ein Dokument, das von der Journalistin Florencia Varas - mit dem Titel: "Gespräche mit Viaux" - verfasst wurde, von Herrn Frei nicht widerlegt worden. Der Band umfasst 221 Seiten und wurde am 30. Juli 1972 durch die Talleres Impresores Eire herausgegeben. Das Buch beinhaltet die Aufzeichnung von Tonbandaufnahmen, die von Roberto Viaux für die Journalistin überprüft und beglaubigt wurden. Auf Seite 128 wird von Viaux folgendes bemerkt: "In diesen Tagen wurde auch bekannt, dass Präsident Frei eine lange geheime Unterredung mit General Schneider hatte. Wie verlautet, sollte der General dabei nach der Möglichkeit einer Unterstützung einer illegalen Aktion mit den schon genannten Zielen abgetastet werden. Die Ergebnisse erfuhren wir nicht. Ich glaube, dass nach dieser Zusammenkunft Herrn Frei vorgeschlagen wurde, General Schneider mit der Aufgabe, einen geplanten Waffenkauf durchzuführen, in die USA zu entsenden. Dies wäre nicht ungewöhnlich erschienen, da in diesen Tagen General Lanusse, der Oberbefehlshaber des argentinischen Heeres, wahrscheinlich mit

dem gleichen Vorhaben, die USA besucht hatte. Es scheint, dass anfangs der Präsident diesen Plan für durchführbar hielt, dann aber nichts tat, um ihn zu verwirklichen. Schliesslich, ungefähr in der dritten Septemberwoche, konnte ich vermittels meiner Beziehungen in Erfahrung bringen, dass Herr Frei es wagen würde, zu handeln."

Auf Seite 132 dieses Buches erklärt Roberto Viaux: "Es muss ungefähr in der ersten Oktoberwoche gewesen sein, als Don Guillermo Carey mich davon unterrichtete, dass der Präsident die Durchführung des Staatsstreiches wünschte. Danach sollte eine Militärjunta die Regierungsgewalt übernehmen und der Präsident exiliert werden. Bedingung war, dass man nichts von der Teilnahme von Herrn Frei an der Aktion erführe; in anderen Worten: Frei hüte unter allen Umständen sein demokratisches Image, um sich die Möglichkeit zu erhalten, erneut der Präsidentenamt einnehmen zu können.

Ausserdem bekam ich durch Herrn Nicolás Díaz Pacheco eine Nachricht, die mir Präsident Frei durch den Priester Herrn Ruiz Tagle, einen Schwager Freis, übermitteln liess. Er gab mir Bescheid, dass ich grünes Licht zum Handeln hätte, dass ich es aber nur, wenn ich vollkommene Sicherheit auf Erfolg hätte, tun sollte, da er im gegenteiligen Falle sich genötigt sehen würde, gegen mich einzuschreiten. Dieselbe Nachricht wurde mir auch von Don Guillermo Carey überbracht, dem ich voll vertraute."

Keine der hier erwähnten Personen hat diese Aussagen entkräftet. Wären sie unwahr, so hätte Herr Eduardo Frei Montalva ausser mit einer öffentlichen Gegendarstellung mit einer Anklage gegen die Journalistin oder gegen Viaux selber reagieren müssen, da die erwähnten Aussagen ihn ins Zwielficht rücken.

Demzufolge hat also Herr Frei an der Verschwörung, über die in dem erwähnten Buch Auskunft gegeben wird, teilgenommen. Die Tatsache der verschwörerischen Haltung Freis während der Ausübung des Präsidentenamts beweist, dass er für das Amt eines Senators der Republik oder irgendein anderes öffentliches Amt untragbar ist.

Die hier vorliegenden Ausführungen über Herrn Frei, die mit den Verbindungen beginnen, die er mit dem nordamerikanischen Imperialismus und den grossen Finanzcliquen einging - welche wiederum Geldmittel für seine Kandidatur 1964 bereitstellten - und die in seiner Teilnahme an verschwörerischen Aktivitäten, mit dem Ziel, den Amtsantritt der Volksregierung zu verhindern (laut den Aussagen von Viaux) enden, machen deutlich, dass Herr Frei nicht die minimalsten Voraussetzungen erfüllt, die von einem chilenischen Parlamentarier verlangt werden können.

Diese Tatsachen, die ich dieser ehrenwerten Körperschaft zur Erwägung darlege, beweisen offenkundig, dass der Bürger Eduardo Frei Montalva nicht Senator der Republik Chile sein darf und für dieses Amt als unfähig erklärt werden muss.

Vor einigen Jahren hat dieser Senat, indem er im Sinne der Verteidigung dieser moralischen Prinzipien handelte, eines seiner Mitglieder aus der Körperschaft ausgeschlossen. Diese Massnahme wurde getroffen, da nicht erlaubt werden konnte, dass Gesetzgeber von ausländischen Interessen abhängig sind. In diesem Fall ist der Augenblick erreicht, um dieselben Prinzipien erneut anzuwenden.

Alsdann belasse ich es dem Gewissen der Mitglieder des Ehrenwerten Senats, zu erklären, dass der Senator Eduardo Frei Mon-

talva die moralischen Qualitäten für die Ausübung des Amtes eines Senators nicht besitzt. Welches auch immer die Entscheidung über dieses Gesuch sei, so bin ich nicht im Zweifel darüber, dass es der Beginn einer Zeit der moralischen Restauration sein wird.

Daher:

bitte ich den Hohen Senat, dieses Gesuch für bewiesen zu halten und unter Berücksichtigung des Rechtsweges nach Artikel 26 der Politischen Verfassung der Republik Chile zu erklären, dass Herr Frei moralisch unfähig für die Ausübung des Amtes eines Senators der Republik ist.

Manuel Cabieses Donoso  
Direktor der Zeitschrift  
Punto Final

INTERVIEW DER ZEITUNG ABC (SPANIEN) VOM 10.10.1973 mit EDUARDO FREI

DIE MILITÄRS HABEN CHILE GERETTET

Der Expräsident fügt hinzu:

- Das Land hat keinen anderen rettenden Ausweg als die Junta-Regierung.
- Der Bürgerkrieg wurde von den Marxisten vorbereitet, wovon die Welt nichts wissen will.
- Es ist alarmierend, daß Europa nicht die Wahrheit erfährt: Allende hinterließ eine zerstörte Nation.

Santiago de Chile, 9.10.73 (Bericht unseres Sonderkorrespondenten)

"Die Menschen in Europa stellen sich nicht vor, daß unser Land zerstört wurde. Sie wissen nicht, was passierte. Die Massenmedien verschwiegen das seit 1970 Geschehene: Alle seine Versprechen brechend und sich von der Legalität entfernend, begann Salvador-Allende ein Werk systematischer Zerstörung der Nation. Die Medien waren manchmal, ohne es zu wissen, Komplizen dieser ungeheuren Lüge: nämlich daß ein seltenes politisches Experiment stattfände, den Marxismus mit legalen, konstitutionellen (verfassungstreuen) und zivilisierten Methoden einzuführen. Das war nicht die Wahrheit, und das ist es heute auch nicht. Die gesamte Welt hat sich an der Zerstörung dieses Landes beteiligt, welches heute keinen anderen Ausweg mehr hat als die Militärregierung."

Das sagt mir ganz niedergeschlagen Eduardo Frei, der von 1964 bis 1970 christdemokratischer Präsident der Republik Chile war. Frei war der ausgeglichenste, logischste und realistischste Kopf der stärksten Partei des Landes. Heute in der Verbannung, wie alle Parteien.

Frei ist großgewachsen, etwas zu mager mit spitzer Hakennase, die mir baskisch vorkommt, wegen ihrer Krümmung und der Lebendigkeit des Genies, das ich immer bei Basken der Stadt oder der Wissenschaft vorgefunden habe.

Eduardo Frei gebraucht seinen Verstand bevor er spricht - er spricht schubweise, in seinem Büro umhergehend - auch macht er große Schritte und überlegt, mit dem Kopf auf der Brust. Mir

fielen frühere Interviews ein, deren Details ich in der Zwischenzeit vergessen hatte.

Frei: "Wir saßen in einer wunderbaren Nacht im Haus von Sergio Fernández Larrain - und ich lese immer APC, täglich habe ich so ihre Nachrichten, Don Luis."

Frei: - Aber ich werde Ihnen was sagen (er richtet sich auf): ich empfangen keine Korrespondenten. Sie sind der erste. Ich will keine Erklärungen machen. Ich gebe Ihnen die Nachrichten, die ich habe, und vielleicht auch meine Meinung, denn ich vertraue Ihnen. Wir sind an dem Punkt, wo wir Politiker schweigen müssen. Es ist nicht unser Augenblick. Möglicherweise werde ich eines Tages in Bezug auf unsere christ-demokratische Partei eine Stellungnahme veröffentlichen. Doch bis das entschieden, gut überdacht und ausgereift ist, wird meine Meinung in keiner Zeitung erscheinen.

Das "PARALLELE HEER" übertrifft das REGULÄRE HEER an Waffen

Luis Calvo: - Ihr Freund Juan de Dios Carmona erzählte mir vor ein paar Tagen, daß sehr viele christdemokratische Funktionäre mit der Militärjunta zusammenarbeiten.

Frei: - Das stimmt, aber das machen sie auf eigene Verantwortung. Wahrhaftig, es war Juan de Dios Carmona - schon eine historische Person - der im Rat das Waffenkontrollgesetz durchbrachte, dank dessen die Militärs schon vor dem 11. 9. das Recht erhielten, enorme Waffenlager zu beschlagnahmen. Mit dem Wissen und der Billigung von Salvador Allende und manchmal auf seine Veranlassung, legte der Marxismus unzählige Arsenale in Chile an, u.a. in Wohnungen, Büros, Fabriken und Geschäften. Die Welt weiß nicht, daß der chilenische Marxismus über eine bessere Ausrüstung verfügte als das Heer; eine Bewaffnung für mehr als 30.000 Mann, und das chilenische Heer ist normalerweise nicht größer. Die Militärs haben Chile und uns alle gerettet; unsere Leben sind sicher nicht wichtiger als das Chiles, aber es handelt sich um Leben von Menschen, die sehr stark bedroht waren. Ich kann nicht sagen, daß wir gerettet seien, denn Tag für Tag entdecken die Streitkräfte Feuerstände und Waffenlager. Der Bürgerkrieg war von den Marxisten perfekt vorbereitet worden. Und das weiß die Welt nicht, oder sie will es nicht wissen.

(Die letzte Aushebung fand im Haus des Ehemannes von "La Payita" statt - sie war offizielle Freundin Allendes - und dort fand man ein riesiges Repertoire an Waffen, Uniformen und Auszeichnungen; Uniformen des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und der Polizei; es gab eine Menge Reportagen und Bilder in den Zeitungen an dem Tag, als man die haarsträubende Bewaffnung und die obszönen Beweismittel in den Residenzen des Präsidenten fand.)

Luis Calvo: - Ich habe ein gewisses Mißtrauen unter den Militärs bemerkt, eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den Christdemokraten und gegenüber Ihnen persönlich, Herr Frei.

Frei: - Lassen wir diese Kleinigkeiten, tun Sie mir den Gefallen. Ich will nicht über Politik reden. Ich möchte nicht über die Zukunft reden. Das wäre nicht gerecht und patriotisch. Ich weiß, wo meine Partei steht und was meine Pflicht ist.

Luis Calvo: - Juan de Dios Carmona sagte mir, daß Ihre Partei über 280.000 Aktive verfügt - unter diesen eine noch unreife, ungestüme Jugend, die Menschen von morgen: die Studenten, die zu

Zeiten Allendes auf die Straße eilten, um wegen der marxistischen Indoktrinierung und die willkürlichen Reformmaßnahmen zu protestieren. Carmona sagte mir, die Christdemokraten hätten den wichtigsten Teil der Wählerschaft auf ihrer Seite gehabt.

Allende machte "verfassungswidrige" Schritte seit Beginn der Präsidentschaft.

Frei: - Das glaube ich auch. Doch man sollte besonders die Beteiligung von Studenten aller Kategorien in der gewalttätigen Terrorbewegung der chilenischen Revolution gegen die marxistische Regierung besonders hervorheben. Die Militärs wurden gerufen, und sie erfüllten ihre gesetzliche Pflicht, denn die Exekutive und die Judikative, der Kongress und das höchste Gericht hatten öffentlich festgestellt, daß der Präsident und seine Herrschaft die Verfassung übertreten hatten - diese Urteile wurden von Richtern gefällt, denen jede politische Haltung fremd ist.

Allende wollte den Kommunismus gewaltsam durchsetzen und nicht demokratisch; als die betroffene Demokratie die Hilfe der Welt erkannte, war es zu spät. Die Massen der Guerrilleros waren schon bewaffnet und die Eliminierung der Armeechefs war gut vorbereitet.

Allende war ein fähiger Politiker und Leutnant der Galle. Aber man kann nicht die ganze Zeit die ganze Welt tünchen. Die Verletzung des Carmona-Gesetzes (aufgegriffene Waffen bewiesen die Rolle der Präsidentschaft. Arrogant vor allen Verfassungsmächten stehend, mußte der Präsident seine eigene Verfassungstreu zugeben. Das Land erhielt Waffen für das "parallele Heer", und es waren russische Waffen. Heute behauptet man, daß es sich um fotografierbare Waffen des regulären Heeres handele. Aber seit wann besitzt Chile russische Waffen?

Luis Calvo: - Man sagt - ich sage, sie kamen von Fidel Castro, mit Instruktoren, Guerrilleros und Meistern in der Kunst der breiten bewaffneten Unterwerfung.

Frei: - Genau.

Das Recht der Rebellion.

Frei: - Warum wurde die Welt belogen? Warum verehrt man in Europa, wo man Salvador Allende und unsere Drogen - viele Drogen - nicht kannte, einen so frivolen Menschen, mehr politisch als moralisch frivol. Allende war intelligent, ein einfacher und oberflächlicher Redner, sympatisch im Umgang, witzig und Politiker aus Leidenschaft. Aber er war weder Ideologe noch Staatsmann. Er suchte die Macht zu erreichen, und die Macht blendete auch ihn und blühte seine Arroganz. Er mußte mit seinen politischen Feinden paktieren, das heißt mit den marxistischen Genossen und wollte sie vielleicht unterwerfen. Er wollte auch mit uns, der Kirche und den Streitkräften paktieren - aber ohne jeglichen Erfolg.

Doch das sage ich Ihnen, Don Luis, und ich möchte, daß sie es wiederholen: wenn eine Regierung die sozialen Gesetze nicht erfüllen will, die Warnungen des Anwaltkollegs in den Wind schlägt, das höchste Gericht beschimpft und mißachtet, die Mehrheit im Kongress übergeht, das ökonomische Chaos provoziert, streikende Arbeiter festnimmt und tötet, die individuellen und politischen Freiheiten unterbindet, dem Markt "keine

Versorgung gewährleistet", um die Lebensmittel und andere Waren den marxistischen Monopolen des Schwarzmarktes zu geben; wenn eine Regierung so vorgeht, wenn sich in einem Land Bedingungen entwickeln, die weder in Chile noch in der Weltgeschichte je so klar entstanden sind, verwandelt sich das Recht der Rebellion in die Pflicht zur Rebellion. Es ist ein juristisches Recht, was alle Juristen und Historiker bestätigen, wie der Pater Mariana in Spanien.

Die Kritiken an der Christdemokratie

Luis Galvo:- Ich höre Kritiken an der Verhaltensweise der Christdemokratie unter der Regierung Allende.

- Aus einem Grunde sind diese nicht gerechtfertigt: Es hat in unseren Reihen - sei es von der sogenannten Linken oder Rechten - nicht einen einzigen gegeben, der die Verfassung nicht verteidigt hätte und die Verfassungsbrüche und die Illegalität

Chiles tapfere Frauen

Luis Galvo:- Ich habe Frauen kennengelernt, die zu Invaliden gepeitscht wurden und andere, deren Gesichter von Rasierklingen zerschnitten waren, welche ihnen die G.A.P. und die Präsidentswache durchs Gesicht zogen. Die Frauen trommelten in den Straßen auf ihren Kochtöpfen, wie Ameisen in einem Ameisenhaufen - vor ihren Fenstern waren sie die Herrinnen Santiagos, Rednerinnen und Dichterinnen im Radio; unermüdlich und unbesiegbar. Sie gingen zu den Kasernen und reichten Weizen und Meis - diesen Hühnern dadrinnen, die sich nicht erhoben.

Der "verstaatlichte" Schwarzmarkt

Frei:- Und auch die Studenten der Universitäten und der Spezialschulen und sogar der Grundschule - alle Lernenden... Aber Sie sprachen gerade von den Preisen. Diese müssen steigen. Wir ließen den Dollar zu 20 Escudos, und jene trieben ihn auf 2.500 Escudos. Die offizielle Inflation betrug 300 %, eine von ihnen erstellte Ziffer, eine Ziffer der Universitätsinstitute. In Wirklichkeit betrug die Inflation 600 %. Ist so etwas schon einmal in der Welt passiert. Im November 1970 kaufte man für 150 Escudos ein Paar Schuhe. Im August 1973 kosteten sie 3000 Escudos. Ein Huhn, das 80 Escudos wert war, kam auf 1.500 Escudos in diesem Jahr, und außerdem war es noch selten auf dem Markt. Wo blieben die Gewinne? -Auf dem Schwarzmarkt. Alles war "verstaatlicht", die Banken, die Industrien, die Minen, die Landwirtschaft, und man dachte daran, die Kioske der Zeitungen zu "verstaatlichen", um den Vertrieb der "nicht-marxistischen" zu unterbinden. Der Handel gehörte ihnen. Während man die "geheime parallele Armee" aufstellte, regelte man den Schwarzmarkt in den Händen der marxistischen Bürokratie und der Arbeiter. Die Waren waren billiger als die Unkosten, aber auf dem Schwarzmarkt verkaufte man sie 5mal, sogar 10mal so teuer. Ein Fernseher (den es in den Geschäften nicht gab) hatte vor den Marxisten einen Preis von 120 bis 150 Escudos. Zum marxistischen Schwarzmarkt kam er für 40 bis 60 Escudos und der glückliche Erwerber verkaufte ihn für 1000 Escudos, zum Beispiel. Man machte sein Glück.

Wenn der Ehemann 6 oder 9 Tausend Escudos im Monat verdiente, gewann die Frau auf dem Schwarzmarkt 2 bis 3 Millionen Escudos. Das ist der Grund, warum die Preise unausweichlich stiegen; so wie auch der Wechselkurs stetigen ist; 200 Escudos für 1 Dollar beim Import und beim Export (früher 20 Escudos) und 250 Escudos für den Touristen, weshalb der Schwarzmarkt um Dollars gerungen hat, wo der Preis für 1 Dollar auf 2.000 Escudos im September stieg.

Agrarreform und nationale Produktion

Luis Galvo:- Können Sie mir was über die Agrarreform der Allenderregierung sagen?

Frei:- Es gab keine Agrarreform. Es gab Nationalisierungen. Die bewaffneten Guerrillas einzogen aufs Land, und besetzten in Namen des Staates die Ländereien, die sie haben wollten. Sie rissen es den Besitzern weg und liessen es unbebaut.

Der Allenderregierung nicht angezeigt hätte. Die UP besetzte ihre demagogische Propaganda auf einer Verleumdung; das war geteilt gewesen wären.

Luis Galvo:- Wie in Italien, füge ich hinzu.

Frei:- Die Christdemokratie in Italien hat schwere interne Probleme, und unsere Teilungen verälichen mit denen der Italiener betragen nur 1 Promille. Ich würde sagen, dass in Chile 94% der Christdemokraten auf der einen Seite staken und 2% auf der anderen. Von unseren 19 Senatoren war keiner ein Abweichler, unter unseren 30 Provinzchefs gab es nur einen Abweichler und von den 27 Abgeordneten waren 4 Abweichler. Aber niemand dieser Abweichler denkt daran, unsere Reihen im Stich zu lassen.

Luis Galvo:- Aber es gibt doch in der Partei eine rebellische Linke, angeführt von Pomic...

Frei:- Mein Pomic war immer gegen die Verfassungsbrüche der Regierung. Er verhandelte wie wir alle und wir scheiterten alle. Das Programm der Marxisten war unerbittlich: die totale Eroberung der Macht außerhalb der Gesetzmäßigkeit, denn sie glaubten, die einzigen Autoren einer neuen Verfassung sein zu dürfen. Und sie waren in Wahrheit die Minderheit. Die gesamte UP besaß 84% der Stimmen. Die Kritiken an der Christdemokratie erfolgen aus folgender Tatsache: daß wir mit allen Mitteln versucht haben, eine Berichtigung der UP-Regierung zu erreichen. Wir wollten, daß sie zur Legitimität zurückkehrt. Wir fanden Erweiterungen, Fehlen von Offenheit und nie gelangten wir zu konkreteren positiven Resultaten. Unter diesen Umständen bot die Christdemokratie den Rücktritt aller ihrer Parlamentarier an, um eine öffentliche Untersuchung oder eine Volksabstimmung einzuleiten, welche den drohenden Bürgerkrieg von Chile abwenden sollte. Das ist die wahre Geschichte von Chile, und es gibt Dokumente, die uns beweisen.

Skandalöser Anstieg der Preise

Luis Galvo:-Man bemerkt in Chile einen skandalösen Anstieg der Preise.

Frei:-Das war unvermeidlich. Die chilenische Wirtschaft war auf dem Weg ins Desaster und wir wissen nicht, wo sie landen wird. Aber zuvor will ich 3 Punkte festhalten. Verifizieren, ermessen und ziehen Sie die nötigen Schlüsse.

Erstens, die UP verfolgte bewußt eine Politik, die zum Chaos und zu einem kollektiven Wahnsinn führen sollte.  
 Zweitens, die Streitkräfte haben wirklich das Land vor der totalen Vernichtung bewahrt.

Drittens, die Christdemokratie wollte das natürlich nicht. Sie wollten den Krebs nicht operieren, aber es kommt der Augenblick, wo man den Krebs heraus schneiden muß. Unsere Chirurgen sind die Streitkräfte, und das Volk wollte die beharrliche und heroische Intervention.

Wir mit unserer Agrarreform bestimmten eine Grundgröße von 80 ha. pro Bauer, und später eine Größe von 40 ha. Land bester Qualität und guten Ertrages. Wir setzten das individuelle oder genossenschaftliche Privateigentum durch, je nach Region und Bodenqualität. Die UP respektierte dieses Gesetz nicht. Sie überrannte die Bauernschaft. Mit Gewalt bemächtigte sie sich der Waffen des kleinen und mittleren Eigentums. Sie wollten nicht dem jugoslawischen oder polnischen Modell nachfolgen, sondern zielten auf kollektive staatliche Reaktionen. Der Widerstand der unbewaffneten Bauernschaft war dergestalt, daß man sich massenhaft weigerte, bei den Wahlen die Stimme abzugeben.

Während unserer Regierungszeit produzierte das Land 13 bis 14 Millionen Sack Weizen (à 120 Kilo). Die Regierung Allende produzierte 8 Millionen. Die ganze Produktion sank. Öl von 800 auf 400 Doppelzentner; auch beim Zucker, den Kartoffeln und im Bergbau. Die Produktionskapazität des Kupfers beträgt 900.000 Tonnen. Die UP versprach, 820.000 zu produzieren. Sie erreichte noch nicht einmal 500.000 Tonnen. Von 14 Millionen fiel das Eisen auf 8,5 Millionen. Ich fürchte, daß der Preisanstieg langsam und schmerzlich sein wird, aber es ist nicht zu umgehen. Wir hatten nichts zu essen. Es gab keine Ersatzteile für Maschinen. Es herrschte die Gewalt. Man hoffte, das Land zu zerstören und den Rest einem leninistischen Programm zu unterwerfen, um den sogenannten Feind und die Streitkräfte zu beseitigen.

"Dieses Land ist heute zerstört, heute"

Und Eduardo Frei wiederholt ohne zu stoppen, wie zu Beginn: - Die Menschen in Europa stellen sich nicht vor, was das war. Sie leben geblendet von der Lüge des Experiments - mit der Demokratie zum Kommunismus. Aber das ist doch unmöglich. Es ist ein Widerspruch in den Worten, eine Antinomie. Denn Allende, - er war kein Ideologe, sondern Machenschaftler, wußte genau, daß es unmöglich war, und um uns zu täuschen, gebrauchte er "die Puppe"... Es ist alarmierend, daß man das in Europa nicht zur Kenntnis nimmt. Dieses Land ist zerstört. Es ist notwendig, daß man das nicht vergißt. Was wir benötigen, ist, daß die Wahrheit mit unveränderlichen Dokumenten und der Veröffentlichung schmachvoller Geschehen siegt. Dieses Land ist heute zerstört, heute. Ich hoffe, daß auch Spanien das versteht. Mir fällt es schwer zu urteilen, ob ich indiskret gewesen bin.

Luis Calvo:- Eduardo Frei ist sehr vehement, beredt und betonend, wenn er von seinem Land spricht, dem paradiesischen Chile, das ich zu der Zeit kennenlernte, als ich ihn auf seiner Wahlkampagne 1964 kennenlernte. Sei es diskret oder indiskret, ich denke, daß Eduardo Frei mir nichts mitgeteilt hat, das ich als unpassend beurteilen könnte. Ich denke, Chile ist Sysiphos. Die Cordillere und das Meer drücken es ein,

quetschen es aus und spalten es, statt die riesigen Salz-  
 Ebenen (150 in einem Tag letztes Jahr), welche die "Vergessenen"  
 Chile und bringt eine "unserer" ...  
 haben, welche die gesamte Land von Chile zu Chile ...  
 Chile hat die Aufgabe zum ...  
 sich ... wieder. Das ist ...  
 für Jahre hinter uns ...  
 und ...

Luis Calvo



Eduardo Frei

AGRARPOLITIK DER JUNTA

- 1) Parzellierung der Cooperativas, individuelle Landzuweisung
- 2) "cooperativas por acciones" = verschleierte Form von Aktiengesellschaften (vgl. Qué Pasa No. 131, 25.10.73) (unter dem Stichwort der "effizienten Produktionsorganisation" heißt es, daß "jede Kooperative aufgelöst werden soll, die nicht den von der Junta gesetzten Produktionsnormen entsprechen kann")

A Erneute Festigung des Agrarkapitalismus

Da jetzt die Landverteilung an Individuen vorgenommen wird, können diejenigen, die über qualitativ bessere Böden verfügen, daraus einen individuellen Vorteil ziehen. Dies steht im Gegensatz zur Landenteignungspolitik der UP, die einen gerechten Ausgleich innerhalb der Cooperativen vorsah und kollektiv Eigentumstitel vergab. Laut Junta sind jetzt jedoch "Landarbeiter und Bauern frei", d.h. sie dürfen jetzt auch ihr Land verkaufen.

B Kapitaltransfer Land - Stadt

Nur die Kooperativen werden weiterbestehen können, die die von der Junta gesetzten Produktionsnormen erfüllen. Die erwirtschafteten Überschüsse sollen für die Bezahlung der Enteignungssummen an die ehemaligen Großgrundbesitzer verwandt werden. D.h. die enteigneten Großgrundbesitzer erhalten jetzt Geldsummen, die sie in die Industrie investieren können. Diese Transferierung von Kapital aus dem Land in die Stadt stellt die Rahmenbedingung dar für die verschärfte Ausbeutung der Landbevölkerung.

C Staatliche Bürokratie

Für die in staatlichen Agrarbehörden arbeitenden Funktionäre ist der Kündigungsschutz (ley de inamabilidad 1966 Regierungsperiode Frei) aufgehoben worden.

Hierzu sagt der Präsident der Sociedad Nacional de Agricultura (SNA= Organisation der Großgrundbesitzer Chiles) Alfonso Marquez de la Plata folgendes:

" Seit dem Tag, an dem die Junta die Regierung des Landes übernommen hat begann der Wiederaufbau der chilenischen Landwirtschaft besonders im privaten Sektor.... mit besonderer Genugtuung nehmen wir von den Neuernennungen, die von der Junta in den Agrarinstitutionen ergingen, Kenntnis. Es sind fähige und wahrhaftige Funktionäre. Und zum ersten Mal seit 9 Jahren sehen wir, daß die Schlüsselpositionen von denen besetzt sind, die wirklich die Probleme kennen und nicht von Schreibtischtechnikern, die voll von tropischen Ideen sind, fremd der chilenischen Wirklichkeit." Wer kann mit diesen "fähigen und wahrhaften Funktionären" gemeint sein? Sollten sie aus der nichtenteigneten Agrarbourgeoisie stammen, die über Betriebe zwischen 40 und 80 Hektar verfügt?

Vielleicht ist folgendes ein Hinweis. Laut Ercilla (No. 1995, 24.-30.Okt. S. 18) hat sich eine "Confederación General del Agro" gebildet, die von sich sagt, daß sie 400 000 Landarbeiter und Bauern umfaßt. Es ist jetzt zu erwarten - unter den genannten Bedingungen der Parzellierung und der "cooperativas por acciones" - daß hier die nicht enteignete Agrarbourgeoisie zum Entscheidungsfaktor dieser neuen Organisation wird.

Zu dieser Frage äußert sich Guillermo Videla folgendermaßen (Director del trabajo)"Die Lösung ist, die Gewerkschaftsorganisation aus dem Rahmen des Betriebs zu lösen und sie auf der beruflichen oder sektoriellen Ebene festzumachen. Auf diese Weise würde sie repräsentativer sein und eine bessere Auswahl von Führern ermöglichen. Bei der jetzigen Agrarpolitik ist abzusehen, daß die Agrarbourgeoisie nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial, über die neue Vertretungskörperschaft der landwirtschaftlich Produzierenden, zum entscheidenden Faktor werden wird.

**SOLIDARITÄT IN EUROPA**

Am Freitag, den 2. November 73, fand in Paris eine Sitzung mehrerer Chile-Komitees statt, in der internationale Aktionen und audiovisuelle Mittel zur Unterstützung von Chile-Veranstaltungen besprochen wurden.

Anwesend waren außer den verschiedenen französischen Chile-Komitees das Komitee Vietnam aus Mailand und Vertreter vom Chile-Komitee Rom, London (Chile lucha), Holland, Belgien (Liège), AELA München, Lotta continua, frente patriótico de resistencia, die Zeitschrift "Liberation".

In der Sitzung wurde informiert über Solidaritätsveranstaltungen mit internationalem Charakter:

- in Turin am 18. 11. 73
- in Mailand im Dezember

Die Komitees zeigten von ihnen herausgegebene Broschüren, Schallplatten und Ton-Dia-Reihen. Das französische "Comité de soutien aux luttes révolutionnaires du peuple chilien" bereitet eine Liste mit den verschiedenen Materialien und den Bezugsadressen vor. Interessenten wenden sich bitte an folgende Adresse:

Comité de soutien aux luttes révolutionnaires du peuple chilien  
94, rue Notre-Dame des Champs, Paris 6, (Tel. 3250009)

GEGEN DEN BESUCH VON FREI UND DEM BRASILIANISCHEN FINANZMINISTER IN HAMBURG

Das Chile-Solidaritätskomitee Hamburg von DKP, Jusos, Falken und SHB ruft auf zur Demonstration für Freitag den 16. November 1973.

Zur Stern-Demonstration am Sonnabend, den 17. Nov., 11 Uhr, am Besenbinder Hof, Gewerkschaftshaus rufen folgende Gruppen auf:

Chile-Komitee Hamburg, Chile-Komitee Kiel, Chile-Komitee Bremen, Cisnu, Eritrean peoples liberation front, PCE, Cuba-Komitee, Spartacus-Vertrieb, GIM, KBW, SSG, AELA-Hamburg.

NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN MILITÄRJUNTA CHILES!

## Informationsquellen über Chile

### KOMMENTIERTE BUCHERLISTE

#### Dokumentationen:

Betrifft: Chile. Die ITT-Dokumente. US-Imperialismus in Lateinamerika. Five-Verlag, Frankfurt 1972, 196 S., 7.80 DM.

Der hier veröffentlichte Briefwechsel zwischen leitenden Angestellten des ITT-Konzerns bedarf eigentlich keines Kommentars. Keine theoretische Analyse könnte eindrucksvoller die unmittelbare Verflochtenheit ökonomischer und politischer Macht und die Abhängigkeit eines "unterentwickelten" Landes von den Interessen der ausländischen Metropole deutlich machen. Dennoch ist die anschließende Analyse von B. Heinrich wichtig für die Systematisierung der US-Interventionen in Lateinamerika und ihre Einordnung in den historischen Zusammenhang.

Dokumente zur Entwicklung in Chile. Hrsg. v. Komitee "Solidarität mit Chile" und Sozialistischen Büro, Offenbach 1973, 112 S., 5.- DM.

Bei den Texten dieser Broschüre handelt es sich in erster Linie um Übersetzungen aus chilenischen Zeitungen, die jetzt verboten sind, wie z.B. "Chile Hoy" und "Punto Final". Die Dokumente wurden in den ersten Wochen nach dem Putsch zusammengestellt. Sie sind chronologisch geordnet und informieren über die wichtigsten Ereignisse kurz vor und während der Regierung der Unidad Popular, über die Entwicklung der Volksmacht, d.h. die Organisierung von der Basis her, über die Rolle des Militärs und über die Hintergründe und den Verlauf des Putsches. Gerade zu einem Zeitpunkt, wo der Informationsfluß aus Chile aufgrund der totalen Zensur und der Ausweisung der meisten ausländischen Berichterstatter nur noch spärlich fließt bzw. ganz versiegt, erhalten authentische Berichte doppelte Bedeutung.

#### Einführende Bücher über Chile:

Hernán Ramírez Necochea, Englands wirtschaftliche Vorherrschaft in Chile (1810-1914), in: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus, S. 112-166, Akademie-Verlag, Berlin (DDR) 1961, 10.80 DM.

Als rein historische Darstellung fällt dieser Aufsatz zwar etwas aus dem Rahmen der hier genannten Bücher. Der Hinweis sollte jedoch nicht fehlen, da hier in einer klaren, konsequent materialistischen Analyse der Übergang Chiles von der kolonialen Abhängigkeit zur formalen Unabhängigkeit und damit zur neo-kolonialen Abhängigkeit geschildert wird.

Dieter Boris u.a., Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1971, 289 S., 9.80 DM.

Notwendigerweise muß die Analyse der Entwicklung unter der Unidad Popular in diesem zuerst auf dem westdeutschen Buchmarkt erschienenen Buch über Chile zu kurz kommen. Auch die Prognosen der Autoren wirken noch etwas hilflos und vernachlässigen die Rolle der revolutionären Linken (MIR). Eine wichtige Ergänzung neuerer Darstellungen ist das Buch vor allem wegen seiner ausführlichen Darstellung der chilenischen Geschichte, ohne deren Kenntnis auch die jüngste Entwicklung nicht verstanden werden kann.

Klaus Eßer, Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut, Rowohlt aktuell, Hamburg 1972, 157 S., 3.80 DM.

Der unbestreitbare Vorzug dieser Darstellung ist ihre Leserlichkeit. Auch Eßer konzentriert sich auf die historische Entwicklung seit der formalen Unabhängigkeit und vor allem seit den zwanziger Jahren. Dabei tritt allerdings die Sozialgeschichte hinter der Schilderung politischer Auseinandersetzungen zurück. Unverkennbar ist eine gewisse Sympathie des Autors mit der "Revolution in Freiheit" unter Frei. Bei der Wiedergabe der innen- und außenpolitischen Widersprüche, mit denen sich Chile unter Allende konfrontiert sah, werden die massiven Interventionen des US-Imperialismus allenfalls am Rande erwähnt. Der abschließende Appell an die Bundesregierung beschränkt sich auf technokratische Ratschläge hinsichtlich einer Konzentrierung der Entwicklungshilfe, ohne diese grundsätzlich in Frage zu stellen.

Heinz Rudolf Sonntag, Revolution in Chile, Fischer-Taschenbuch, Frankfurt 1972, 272 S., 3.80 DM.

Sonntag geht von der theoretischen Position Andre Gunder Franks (Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, EVA, Frankfurt 1969) und Darcy Ribeiro (Der zivilisatorische Prozeß, Suhrkamp, Frankfurt 1971) aus, um die spezifischen Bedingungen für die Klassenkämpfe in Chile zu untersuchen. Seiner theoretischen Einleitung folgt ein Dokumentationsteil, in dem es weniger um die Selbstdarstellung prominenter Persönlichkeiten des chilenischen Prozesses geht als um die unter der Unidad Popular vorgenommenen Veränderungen in verschiedenen Bereichen. Obwohl die Materialaufnahme vom Juli 1971 datiert, ist sie auch heute noch für das Verständnis der Entwicklung in Chile wichtig.

Arno Münster, Chile - friedlicher Weg? Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1972, 198 S., 6.50 DM.

Münster macht aus seiner Sympathie für die Revolutionäre Linke (MIR) keinen Hehl und kritisiert von dieser Position aus die Politik der UP, ohne jedoch deren Maßnahmen undifferenziert zu verurteilen. Besonders ausführlich berichtet er über Basisorganisationen und die Ergebnisse der Massenmobilisierung; dies ist umso wichtiger als sich jetzt der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärdiktatur zu formieren beginnt.

Dieter Nohlen, Chile. Das sozialistische Experiment, Hoffmann und Campe, Hamburg 1973, 432 S., 34.- DM.

Nohlen überrascht seine Leser nach einer einleitenden Selbstdarstellung als demokratischer Sozialist und Befürworter eines sozialen Wandels in den "Entwicklungsländern" mit einer Einschätzung des chilenischen Prozesses, wie sie die christdemokratische Opposition in Chile selbst nicht besser hätte leisten können. Auf Frei als Wegbereiter der chilenischen "Revolution" hätte nach Ansicht des Autors Tomic, der Kandidat der Christdemokraten, als eigentlicher Vertreter eines "demokratischen Sozialismus" folgen müssen. Daß diese "Analyse" durch Zitate aus dem Sprachrohr der chilenischen Rechten, dem "Mercurio" belegt wird, kann kaum noch verwundern.

Regis Debray/Salvador Allende, Der chilenische Weg, Luchterhand, Neuwied 1972, 176 S., 7.80 DM.

Hauptinhalt des Buches ist ein Gespräch Debrays - er gilt als Theoretiker des bewaffneten Volkskampfes - mit Allende über die Taktik des unbewaffneten Kampfes. Es wird eingeleitet durch ein Essay Debrays über die Dialektik von Reform und Revolution. Brillant formuliert, bietet das Buch einiges für Freunde revolutionstheoretischer Höhenflüge, weniger allerdings für Leute, die sich über die konkreten Ereignisse in Chile informieren wollen.

Resistencia, Nr.1

Zeitung des chilenischen Widerstands

Der Putsch in Chile im Spiegel der bundesdeutschen Rechtspresse

Eine PDA-Dokumentation von Dr.Hella Schlumberger

Dokumentation zur aktuellen Entwicklung in Chile

Kommunistischer Bund Salzburg/Hallein und Marxistischer Studentebund Salzburg: 5020 Salzburg, Rudolf Bieblstraße 20

Chile und die Unidad Popular

Reihe Internationales, Jungsozialisten in der SPD, Landesorganisation Hamburg.

Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nov.73

Barbara Schilling - Marburg

K.Meschkat/D.Esche: UP und die revolutionäre Linke

links - Sozialistische Zeitung, Nov.73, Nr.49

Lektion Chile

Neues Forum, Nov.73, Heft 239

Chili

America Presse, Okt.73

Boite Postale 63-06, 75261 Paris Cedex 06

REDNERLISTE

Ernesto Richter	74 Tübingen Kielmeyerstr.1	07122/8158	UP-Regierungszeit Dependencia-Theorien
Max Steinacher	7401 Weilheim Tübingerstr.16		Arbeiterbewegung; Gewerkschaften in Chile
Else Holzbrecher	74 Tübingen Mordiogasse 6	07122/22670	Christen für den Sozialismus; Kirche und Staat in Chile.
Alfred Holzbrecher	74Tübingen Mordiogasse 6	07122/22670	Das neue chilenische Lied; Didaktisches Modell für Schulunterricht.
Reinhild v.Brunn	74Tübingen Gartenstraße 60	07122/21676	Methode Paulo Freire Maßnahmen im sozialen Bereich.
Reinhard v.Brunn	74 Tübingen Gartenstraße 60	07122/21676	Entwicklung UP allgemein; Probleme des legalen Weges.

Patricio Handl Alvarez, "Aela Hamburg", 040/4101115

Federico Füllgraf, "Aela Hamburg", 040/897565

Norman Paech, "Chile Komitee", 040/2501934 (keine Großveranstaltungen)

Volker Petzoldt, "Aela", 089/227776, München

Rainer Dietrich, "Chile-Komitee", Bremen, 0421/73676 (Gesprächsgruppen)

Jürgen Eckl, 625 Limburg

Hölderlinstr.9 06431/41866

Soz.Entwicklungsstrategie u.Weltmarkt  
Politische Geschichte

Axel Franke, 030/3078241,

Agrarbereich; Kirche

Wolfram Brünger,030/2517976

(Gesprächsrunden) Agrarsektor

Stefanie Spessart, 030/2162834 (Gesprächsgruppen)

Peter Simon, 030/8216631

(Gruppen bis zu 30, besonders Gespräche)

Dieter Esche, 030/8541987

Beziehung zwischen UP und revolutionärer Massenbewegung (Poder Popular)

Lothar Zechlin, Juso, 040/860167

"Aktion Lateinamerika" c/o Aktion Dritte Welt, 0761/71101 Freiburg

Mitglieder der Kela, 0611/751169 Frankfurt/Main

Druckfehlerberichtigung der

CHILE-NACHRICHTEN Nr. 8

S. 2 Einkommenssteigerung 167 % (nicht 16 %)

S.15 Mitte: "... was ihm die Unterstützung des Bischofs Rojo eintrug."  
Im Original: ... lo que le trajo el apodo de obispo rojo.  
Also: "... was ihm den Spitznamen 'Roter Bischof' eintrug."

RICHTIGSTELLUNG

In dem Aufruf zur Solidaritäts-Demonstration am 3.11. in West-Berlin wird unter den unterstützenden Gruppen versehentlich auch die Türkische Republikanische Volkspartei genannt; auf Bitten dieser Partei stellen wir richtig, daß die TRV den Aufruf nicht mitunterzeichnet hat.